MEDIZINISCHE HOCHSCHULE LÜBECK



UNIVERSITÄT – HANSE – LÜBECK

VON RUDOLF PREUNER UND
JUTTA PREUNER VON PRITTWITZ

Mit freundlicher Unterstützung der Hanseatischen
Universitätsstiftung zu Lübeck herausgegeben.

Druck: Graphische Werkstätten GmbH

Turmgebäude der MHL (Hörsaal 1 und 2)



Inhalt

Vorwort

Die Errichtung der Medizinischen Hochschule Lübeck ist Geschichte. Zwanzig Jahre intensiven Aufbaus der Klinischen und danach der Vorklinisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät liegen hinter uns. Inzwischen hat die Hochschule den Ausbaustand einer medizinisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Universität erreicht: Die Studienplatzkapazität ist auf rund 1.100 Studenten der Medizin ausgerichtet. Promotions- und Habilitationsmöglichkeit besteht in der Medizin und der Zahnmedizin sowie in den Naturwissenschaften. In dieser Zeit ist die Medizinische Hochschule Lübeck auch ein unverwechselbarer Teil der traditionsreichen und sich deren stets bewußten Hansestadt Lübeck geworden. Die Hochschule führt mit Stolz das von der Hansestadt verliehene Stadtsiegel von 1226/56, eines der ganz seltenen Siegel, die über ein halbes Jahrtausend in dauerndem Gebrauch standen und das jetzt als Universitätssiegel weitere Jahrhunderte vor sich haben möge.

Die Hochschule und die Hanseatische Universitätsstiftung zu Lübeck danken den Autoren Prof. Dr. med. Rudolf Preuner und Dr. med. Jutta Preuner von Prittwitz, daß sie sich der mühevollen Arbeit unterzogen haben, die Wurzeln und den Hintergrund einer Lübecker Universitätsgeschichte aufzudecken und damit das erste Buch der Geschichte der Medizinischen Hochschule Lübeck zu schreiben. Ich wünsche diesem inhaltsreichen sowie anregend und spannend geschriebenen Band eine interessierte Leserschaft und den Autoren Kraft und eine glückliche Hand für den nächsten Band unserer Hochschulgeschichte.

Lübeck, im Oktober 1984

Erhard D. Klinke
Präsident der
Medizinischen Hochschule Lübeck
und Vorsitzender der
Hanseatischen Universitätsstiftung zu Lübeck

EINFÜHRUNG

Die Vor- und Frühgeschichte der ersten lübeckischen Bildungseinrichtung universitären Ranges – die Medizinische Akademie, später eigenständige Medizinische Hochschule Lübeck – kann nicht mit einem fest fixierbaren Datum verknüpft werden; zusehr bilden schon im 13. Jahrhundert, von der Reichsfreiheit an, der Name der Stadt und der des Städtebundes der Hanse eine Einheit, sie sind fast als synonym anzusehen.
Die Universität Rostock, von den Herzögen von Mecklenburg als Landesherren gestiftet, konnte innerhalb der großen, lockeren Organisation der Hanse zu Beginn des 15. Jahrhunderts, am Ende des Konstanzer Konzils, die Rolle des universitätstragenden Mitglieds des Bundes leichter übernehmen, als das Haupt der Hanse – Lübeck.
Daher ist es zu verstehen, daß das mächtige Lübeck, mit Unterstützung einiger anderer Hansestädte, durch eine Gesandtschaft an das Konstanzer Konzil dort mit Erfolg Druck auf die Privilegienverleihung durch päpstliche Konfirmation für die Universität Rostock auszuüben vermochte. Selten tritt die Macht Lübecks – und zwar auf universitär-geistigem Gebiet – so klar zu Tage!*
Im Verlauf unserer Vorarbeiten kam es zu einer immer interessanter werdenden Materialhäufung, die eine unerwartet große, bisher offenbar weitgehend übersehene politisch-wissenschaftliche Bedeutung des Kerns der wendischen Hansestädte ergab. Die uns nicht überraschende Folge war, daß der ursprünglich kurz geplante Beginn einer Gründungsgeschichte der Medizinischen Akademie, bzw. der Medizinischen Hochschule Lübeck, sich wie mit autonomer Kraft zu einem eigenen ersten Kapitel über das Verhältnis Lübecks zur Ostsee-Hanse und den dortigen Universitäten mit dem Titel „Universität – Hanse – Lübeck" ausgeweitet hat.
Die Geschichte der bedeutendsten alten Gründung Lübecks, des Heiligen-Geist-Hospitals, die spätere Entwicklung wirklicher Krankenhäuser der modernen Medizingeschichte als Vorläufer der Medizinischen Hochschule sowie die Geschichte der bürgerlichen freien, gemeinnützigen Institutionen (z.B. die vielen Stiftungen), muß aus der Sicht der neu entstandenen universitären medizinischen Einrichtung einer eigenen Bearbeitung vorbehalten bleiben. Das gilt auch für das „Hochschulsiegel" in seiner historischen Bedeutung!
So kann es also kaum überraschen, daß der interessierte Leser nur wenig über die Fakten der tatsächlichen Hochschulgründung in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, sondern vorerst mehr über die spannende universitär-politische Lage, ganz besonders im 19. Jahrhundert (im „Vormärz") erfährt, in jener Zeit nach den napoleonischen Wirren, der geistig fruchtbarsten Phase der Moderne überhaupt – in der Biedermeierzeit – in der in Lübeck (und Hamburg) die alte Freiheit, jetzt im Deutschen Bunde, erst bewußt empfunden wurde.
Mit der bloßen Betrachtung von Lübecks nur scheinbar ruhiger, in Wahrheit wildbewegter Geschichte, die heute manche Naiven mit ihrem selbsternannten

---

* Die in vielen, vor allem großen und mächtigen Städten der gleichen Epoche zwischen Rat und Ämtern (Zünften, Gilden) ausgetragenen Kämpfe seien hier nur am Rande erwähnt.

Helden Wullenwever zu Ende gehen lassen möchten, ist weder der geschichtlichen Wahrheit noch der alten Stadt ein Dienst erwiesen. Dies ebensowenig, als wenn berichtet würde: „Die Medizinische Akademie Lübeck wurde im November 1964 eröffnet." Eine solche lapidare Feststellung wäre nicht nur unvollständig; sie wäre der alten Stadt nicht würdig!
Da dies ein Essay sein soll, darf es dieses und anderes Subjektive enthalten, so auch manche uns beiden zumindest einleuchtende Hypothesen, die zum Nach- und Weiterarbeiten anregen sollten.

Lübeck, im August 1984



Siegel der freien Reichsstadt Lübeck aus dem Jahr 1256



Im Rahmen einer Immatrikulationsfeier wurde am 1. 12. 1965 das Stadtsiegel aus dem Jahr 1256 der damaligen Medizinischen Akademie Lübeck verliehen.

1. Die Freie Reichs- und Hansestadt Lübeck am Ende des 18. Jahrhunderts und ihr weiteres Schicksal im 19. Jahrhundert.

Vor allem die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts – von der französischen Revolution einmal abgesehen – war in weiten Teilen Europas und besonders im Deutschen Reich, dessen Teile die Folgen des 30jährigen Krieges ungefähr überstanden und sich in den übriggebliebenen Deutschländern und -ländchen – z.T. sogar ganz wohnlich – wieder eingerichtet hatten, von geistiger Unruhe mit erheblichem kulturellem Aufschwung gekennzeichnet.
So auch in den beiden freien, mit inzwischen schon seit langem eingeübten Spielregeln des vordemokratischen Parlamentarismus versehenen Stadtrepubliken Hamburg und Lübeck, in denen sich kultursoziale Bürgervereinigungen bildeten. Den Anfang machten Hamburger Bürger mit der Gründung der „Gesellschaft zur Beförderung der nützlichen Künste und Gewerbe" (1768). Ihr folgte 1789 in Lübeck die Konstituierung der „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit"[1)*]; die oben erwähnte hamburgische Gesellschaft wurde später in „Patriotische Gesellschaft" umbenannt (s. a. Anm. 32).
Das Gründungsjahr der erwähnten Lübecker Gesellschaft ist, wie man sieht, identisch mit dem Beginn der französischen Revolution. Weniger als zwei Jahrzehnte später wurde die Stadt (1806) von der französischen Revolutionsarmee erobert und – Dekret vom 10. 12. 1810 – dem napoleonischen Familienimperium einverleibt.
Vor diesem, nach mehr als 500 Jahren ersten schweren, nicht durch Seuchen, Feuersbrunst, innere Auseinandersetzungen oder fremde Kriege, sondern durch Eroberung, Plünderung, Mord und Kontribution völlig überraschend hereingebrochenen Schicksalsschlag war Lübeck eine noch von der Vergangenheit her in sich ruhende, nicht mehr als Haupt der Hanse mächtige, aber wohlhabende und kultivierte Stadtrepublik. Ihre Verfassung hatte durch den Kassarezeß von 1665 und den Bürgerrezeß von 1669 manche Reformen vorweggenommen, die in Frankreich, dem damals sozial-gesellschaftlich rückständigsten Lande Mittel- und Westeuropas, erst über 100 Jahre später durch die Revolution erreicht werden konnten[2)].
Im Zuge der weiter wirkenden Aufklärung, dem Streit der Rationalisten und der Supramaterialisten, der Romantik, der Einführung der Gewerbefreiheit, der voranschreitenden Industrialisierung, des Bewußtwerdens der „Sozialen Frage", der 48er Revolution und dem kommunistischen Manifest sowie der schnellen Entwicklung der Naturwissenschaften mit dem in der Folge übersteigerten Positivismus ist dem Lübeck des 19. Jahrhunderts, das sich nach der Befreiung (5. 1. 1813) zunächst betont restaurativ verhielt, bis in unsere Tage die Nachrede der Verzopftheit und düsterer, fast mittelalterlicher Rückständigkeit erwachsen. Es war aber nur eine lethargische Phase, in welche die für uns Heutigen kleine, im eigentlichen Stadtgebiet weniger als 25000 Einwohner zählende, ausgeblutete, total verschuldete und verarmte Stadt verfiel, bevor sie nach etwa 3 Jahrzehnten wieder so etwas wie ihren alten Stil d.h. wachsam, aufgeschlossen, zeitnah – zu finden begann[3)].
Die aktuelle Situation unmittelbar vor der Eroberung durch die Franzosen in der Schlacht bei Lübeck (6. 11. 1806) war durch eine besondere (Schein-)Blüte als

---

* Die in Halbklammern gesetzten Zahlen 1) bis 33) beziehen sich auf die Nummern der Anmerkungen im Anhang.

Begleiterscheinung der Kontinentalsperre gekennzeichnet, in der die Stadt, ihre Neutralität ausnutzend[4], vorübergehend ein „schwindelhaftes Gedeihen“ erlebte, nachdem durch den Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England (Mai 1803) die Elbmündung blockiert wurde und Lübeck damit der westlichste noch freie deutsche Hafen wurde.

Die Vorgänge am politischen Himmel dieser Epoche wurden von der Bevölkerung in durchaus unterschiedlicher Weise verstanden. Trotz der Schauernachrichten über den Verlauf der Revolution in Frankreich, der Flüchtlingsscharen, die sich nach Osten ergossen – deren aristokratischer oder sich als aristokratischer Herkunft ausgebende Teil sich vielerorts durch seine Arroganz unbeliebt zu machen verstand – war insbesondere unter der Jugend und Teilen der kulturtragenden Intelligenz eine erhebliche, jedoch meist nur revolutionär-deklamatorische Stimmung aufgekommen. Es kam nirgends zu einem echten Umsturz der bestehenden Verhältnisse; nicht – wie gern behauptet wird – weil „der Deutsche“ durch Neigung und Erziehung ohnehin lakaienhaft reagiere, sondern weil die Bevölkerung der vielen, z.T. sehr kleinen selbstständigen deutschen Länder fast überall im Sinne eines aufgeklärten – und daher eher landesväterlichen – Absolutismus dezentral regiert, keinen besonderen Bedarf an den gewaltsamen Errungenschaften der Revolution hatte, da sie schon über die wichtigsten Freiheiten verfügte (z.B. Preußisches Allgemeines Landrecht, Reformeifer im Josephinischen Österreich usw.). Außerdem hatten viele revolutionäre Parolen sich bald als Phrasen herausgestellt, selbst für naive Idealisten – besser: Ideologen – durch die sich überstürzenden Ereignisse rasch erkennbar. Als die ursprünglichen Revolutionsideen sich laufend verdünnend weiter ausbreiteten, war die Republik in Frankreich bereits von einer bald verhaßt werdenden Hegemonialdespotie mit restaurativem Charakter abgelöst worden. Trotzdem ist nach 1815 das eigentliche bürgerliche Zeitalter eher und wohl auch charakteristischer angebrochen, als dies ohne die große Umwälzung geschehen wäre. Siegreiche Revolutionen erzeugen im allgemeinen keine völlig neue Entwicklung; sie beschleunigen nur deren schon im Gange befindliche Vollendung und geben ihr für kürzere oder längere Zeit durch Übertreibung ein besonderes, typisches Gepräge.

Der kleine, am Ende der „Franzosenzeit“ über 600 Jahre alte und einst so mächtige Stadtstaat an der Trave, eine Freie Reichsstadt seit 1226, das Haupt der Hanse und doch immer mehr „neben-als-in“ dem Heiligen Römischen Reiche lebend, wurde zwar 1803 von der Mediatisierung ausgenommen, und in der Wiener Schlußakte vom 9. 6. 1815 und der Bundesakte vom 10. 6. 1815 für die Gründung des Deutschen Bundes ein selbstständiger deutscher Bundesstaat, war aber materiell und ideell in einer schrecklichen Situation. Er befand sich mutlos, fast schon resignierend nach der völligen Katastrophe eines wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenbruchs im Zustande müden Dahindämmerns. Bis zur ungefähren Erholung wurden, wie schon erwähnt, Jahrzehnte benötigt[5].

Unsere, sich nun schon über ein Jahrhundert zunächst fortschrittsgläubig, dann pseudo-, schließlich in jüngerer und jüngster Vergangenheit antihistorisch gebärdende Zeit hat diese schlimme Epoche der lübischen Geschichte in recht oberflächlicher Manier mit dem aus anderen Gründen herstammenden Bedeutungsrückgang der Stadt ab Mitte des 16. Jahrhunderts gleichgestellt und richtet mit diesem – falschen – Pauschalurteil noch heute manchen Schaden an.

Zietz, Prediger an der Ägidienkirche, hat 1822 die Lübecker Verhältnisse der Zeit zu schildern versucht. Zieht man die teils romantisierende, teils etwas aufdringlich

pastorale Ausdrucksweise ab und läßt die Darstellung der älteren Stadtgeschichte, vor dem 18. Jahrhundert, außer Betracht, so wird das Bild der Stadt in den ersten Jahren nach der Befreiung sowie das Leben und Treiben in ihren Mauern sehr deutlich. Vor allem aber zeigt sich, daß der seit etwa 1840 deutlich in Gang kommende Um- und Aufschwung sich schon sehr früh, aber im stillen, in biedermeierlicher Armut und Bescheidenheit vorbereitete. – Bei Zietz findet man z.B. eine interessante Bemerkung über die schon lange existierende gute lübecker Straßenbeleuchtung (in Anfängen seit Beginn des 18. Jahrhunderts, endgültig seit 1732) und die völlige Sicherheit, mit der man sich – auch nachts – jederzeit und überall innerhalb der Stadt bewegen könne. Es ist nicht wenig, was hier nebenbei gesagt wird, wenn man dies mit der allgemein verbreiteten Unsicherheit im Gefolge der damals jüngsten kriegerischen Ereignisse und sozialen Veränderungen sowie der bis heute lebendigen Räubertradition des 18. Jahrhunderts betrachtet[6)].

Das spezielle lübecker Schicksal in den letzten Jahren der napoleonischen Hegemonialkriege war nicht isoliert, sondern in die völlige Erschöpfung weiter Gebiete und vieler Länder Europas eingebunden. Betrachtet man die so sehr geschmähte Restauration der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus dieser Sicht, so wird die Duldung ihres politischen Stils durch die Bevölkerung und die Erinnerung der späteren Generationen an die „gute alte Zeit“ eher verständlich[7)].

In Lübeck selbst ist dieses Sammeln und Formieren noch schneller und energischer als andernorts abgelaufen und führte zu einer neuen, etwa seit 1835 vorbereiteten modernisierten Verfassung, an der später nur wenig gebessert werden mußte, also schon vor der Märzrevolution von 1848.

Bereits in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden die ersten Überlegungen zur Gründung einer „Hanseatischen Universität zu Lübeck“ angestellt, gewiß kein Zeichen philiströser Beschränktheit!

2. Bevölkerung und Bevölkerungsbewegung im Lübeck des 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Die neuere Forschung ist einhellig überzeugt, daß die Bevölkerung des mittelalterlichen Lübeck ebenso wie diejenige im 17. und 18. Jahrhundert – soweit es sich um die Stadt als umwallte Halbinsel zwischen Trave und Wakenitz in relativ schwach besiedeltem Umland handelt – im Durchschnitt etwa 25 000 bis 30 000 Einwohner betragen haben muß, ohne nur kurzfristig anwesende Personen – Reisende, Flüchtlinge usw. – einzubeziehen. Überschwengliche Schätzungen aus früherer Zeit mit Angaben über mehr als 100 000 Einwohnern sind mit Sicherheit völlig unzutreffend.
Zählungen in auswertbarem Rahmen fanden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht statt und über Lübecks Einwohnerzahlen in früheren Jahrhunderten kann man schon deshalb Genaueres nicht aussagen, weil zunächst Einigkeit darüber erzielt werden müßte, was denn eigentlich zu zählen sei: die Bevölkerung des Hansestädtischen Hoheitsgebiets auch außerhalb der Mauern? Oder auch der Besitz wohltätiger Stiftungen wie z.B. der des Heiligen-Geist-Hospitals und des Domkapitels mit den Kapiteldörfern? Die Einwohner der von ihren Landesherren für kurze oder lange Zeit verpfändeten Orte wie Kiel oder Mölln? Oder die der von Hamburg und Lübeck gemeinsam verwalteten – beiderstädtischen – Orte? Und wer sollte gezählt werden? Die Einwohner insgesamt oder nur die Vollbürger? Ab welchem Alter galten Kinder nicht mehr als „Kinder“ usw.?[8)]
Im Folgenden wird bei den demographischen Angaben zwischen „Innerer Stadthügel“, „Vorstädten“ (genau erst seit 1862) und der „Ganzen Stadt“, d.h. dem Staat im Deutschen Bund zu unterscheiden sein. Regelmäßige Zählungen fanden erst ab 1845 statt, über frühere Zählversuche wird weiter unten berichtet. Das spätere „vorstädtische“ Gebiet (ab 1862) war bis 1861 zur Verhinderung spekulativen Verkaufs der freien Besiedlung verschlossen und wurde nur mit besonderer Genehmigung denjenigen freigegeben, die aus beruflichen Gründen außerhalb der Mauern siedeln mußten wie Gärtner, Fischer usw. mit Angehörigen und Angestellten.
Die Entwicklung der Vorstädte wurde dadurch eingeleitet, daß man ab 1836 Tor- und Landbezirke unterschied, von denen diejenigen Teile der Landwehr, die mit der städtischen Armenpflege verbunden waren, mit einer Verkaufsabgabe zum Besten des St.-Annen-Armen- und -Werkhauses belastet wurden. Damit war die spätere geographische Ausbildung der Vorstädte vorgezeichnet. Ab 1840 wurden sie als solche schon genannt, von 1861 an mit allen verwaltungsrechtlichen Konsequenzen auch so bezeichnet.
Die erste – flüchtige – Zählung, deren Resultate vorliegen, wurde 1811 vom lübecker Unterpräfekten des Kaiserlich französischen „Departements der Elbmündungen“ angeordnet und ergab für „Lubeck et sa banlieue“ 25 526, „Canton rural de Lubeck“ 7374, zusammen also 32 900 Einwohner[9)].

Eine erste Zählung wurde im Staat Lübeck vom 10. – 12. 11. 1815 veranstaltet. Sie ergab Einwohnerzahlen für die

Innere Stadt	Vorstädte (s. weiter oben)	Landgebiet – umgerechnet auf die endgültigen Grenzen	Staat Lübeck
24 143	2756	9565	36 464

Aufgliederung der Zählungsergebnisse: die innerhalb der Mauern liegenden 4 Quartiere hatten 10 691 männliche, 12 976 weibliche, somit zusammen 23 667 Einwohner.

Im inneren Stadtgebiet befanden sich als Folge der überstandenen Notzeiten 320 unbewohnte Häuser und Speicher[10)].

Trotz mancher, die Auswertbarkeit einschränkender, teils summarischer Angaben ist eine weitere strukturelle Aufgliederung doch möglich und deshalb interessant, weil sich noch vor Beginn der eigentlichen Industrialisierung eine städtische, fast ausschließlich Handel und Gewerbe treibende (mit ihren Hilfskräften), und eine rein ländliche Bevölkerung vergleichbar gegenüberstehen.

Es wohnten 1815 in der Inneren Stadt – Gehilfen, Gesinde, Fremde und Juden nicht einbezogen – 20 567 Männer, Frauen und Kinder; davon 11 679 (56,8%) Erwachsene und 8888 (43,2%) Kinder (s. Definitionsversuch weiter unten).

In den ländlichen Gebieten (noch ohne Aufgliederung in Vorstädte und Landgebiete) wohnten (ohne Gesinde und andere Hausbewohner) 9623 Personen, davon 4516 (46,9%) Erwachsene und 5107 (53,1%) Kinder.

Im gesamten Staatsgebiet von 1815 betrug das durchschnittliche Verhältnis von Erwachsenen zu Kindern in etwa 54:46. Wenn auch nicht feststellbar ist, wo damals die Grenze zwischen Kind und Erwachsensein angenommen wurde, darf man sie sicher ohne allzugrobe Fehler an der Pubertät messen und – die Zeit der industriellen Kinderarbeit war noch nicht angebrochen – vom 12. bis 15. Lebensjahr legen[11)].

Wie stark der bevölkerungsstrukturelle Unterschied in Lübeck zwischen den innerstädtischen Bereichen und der Landbevölkerung des Staates war, läßt sich höchst eindrucksvoll aus Zahl und Geschlechterverteilung des „Gesindes" ersehen.

Die Bevölkerungszahl der Innenstadt betrug 1815 einschließlich des Gesindes in den Haushalten – aber ohne „Gehilfen" in den Werkstätten und Kontoren! – insgesamt 22 430; somit stellte das „Gesinde" mit 1863 Personen immerhin 8,3%, von denen 1589, also 85,3% (!) weiblich waren! Diese lebten fast ausschließlich in den Haushalten der wohlhabenden Bevölkerung im oberen Bereich des Stadthügels und den oberen Teilen der zur Trave hin verlaufenden Straßen und Gruben. Die Landbevölkerung betrug insgesamt 11 256 Personen, davon 1633 als Gesinde (14,6%), mit 51,7% männlichem und 48,3% weiblichem, also strukturell ungefähr ausgeglichenem Anteil.

Insgesamt bestand ein erheblicher Frauenüberhang (45,4% Männer zu 54,6% Frauen), was auch für die Kinder gilt, bei denen 46,4% Knaben zu 53,6% Mädchen

gezählt werden. Die hohe Zahl weiblichen, unverheirateten Gesindes in der Innenstadt hat ebenfalls eine Rolle gespielt[12].

Erst ab 1875 ist eine eindeutig sinkende Tendenz der **Sterblichkeit** in Lübeck, parallel zur Entwicklung im gesamten Deutschen Reich und in den westlichen Industrieländern zu erkennen, die sich dann kontinuierlich bis in die frühen 50er Jahre unseres Jahrhunderts fortsetzte, wenn man die großen demographischen Krisen der beiden Weltkriege mit ihren Auswirkungen auf die Sterblichkeit zwischen 1914 und 1923 sowie von 1939 bis 1948 außer Betracht läßt. Allerdings lag Lübeck bezüglich der Sterblichkeit bis zu diesem Zeitpunkt immer, sowohl was den Startpunkt 1875 (Lübeck 1875–79 mit 22,7‰, Deutsches Reich im gleichen Zeitraum 26,7‰) als den weiteren Verlauf anging, deutlich günstiger als der Reichsdurchschnitt und dies auch noch in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Seither liegen die Sterblichkeitszahlen im Bereich der „Niedrigstationären Phase".

Das Sterblichkeitsverhältnis mit der günstigeren Situation der ländlichen Bezirke gegenüber der Bevölkerung der Innenstadt blieb während der gesamten ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unverändert, ebenso der Frauen- und Mädchenüberhang gegenüber Männern und Knaben. Selbst im Durchschnitt der 12 Jahre 1883 bis 1894 mit einer durchschnittlichen Sterblichkeit von 20,2‰, betrug diese für das männliche Geschlecht 21,6‰, für das weibliche nur 19,0‰. Im lübeckischen Landgebiet lag im gleichen Zeitraum die Sterblichkeit bei insgesamt 19,6‰, für Männer 19,8‰, für Frauen 19,3‰.

Exakte Angaben über die Anzahl der **Lebendgeborenen** gegenüber der Gesamtbevölkerung unter Berücksichtigung deren Alters- und Geschlechtsstruktur liegen erst ab 1873, zunehmend bis zur Jahrhundertwende unter dem Einfluß der reichseinheitlichen Registriermethoden, für Lübeck vor. Allerdings hat der kleine Staat schon in den Zeiten seiner Mitgliedschaft im Deutschen-, dann im Norddeutschen Bund zur Überwachung und Steuerung seiner für die damalige Zeit vorbildlichen, noch uns Heutigen bewundernswerten sozialen Einrichtungen ziemlich genaue Kenntnis von der Situation seiner Bürger besessen. So ist eine sehr interessante Zusammenstellung bei Riedel zu finden, in der das „Übergewicht der Geburten über die Sterbefälle" – oder deren Umkehrung (der Verf.) – von 1813 bis 1890, in 5-Jahresschritten ab 1816, von 1813–15 in einem 3-Jahresdurchschnitt, dargestellt ist. Daraus ergibt sich eindeutig, daß in der Zeit zwischen etwa 1811 (für die voraufgehenden Jahre lassen sich überhaupt keine Angaben machen) und 1850 einer durchschnittlichen jährlichen Mortalität der Bevölkerung von etwa 27,2‰ – inklusive der Not- und Seuchenjahre – eine errechnete jährliche Lebendgeburtenrate von nur 25,7‰ gegenüberstand, d.h. ein Überwiegen der Sterblichkeit über die Geburtenzahlen[13]. Von 1851 bis 1870 weist die Aufzählung bei einer durchschnittlichen Mortalität für diesen 20-Jahresabschnitt von 25,0‰ eine Lebendgeborenenzahl von 29,8‰ aus. Ab 1873 setzt die genaue Statistik ein; aus ihr ergibt sich ein jährlicher Mittelwert für die Zeitspanne von 1873 bis 1894 für die Lebendgeborenenzahl auf 1000 der Bevölkerung (‰) von 33,2.

Auf einen kurzen, im Laufe der Jahre nachlassenden „babyboom" zwischen 1870 bis etwa zum Ende des Jahrhunderts folgte dann die Zeit der Geburteneinschränkung im gesamten Reich und in Europa, entsprechend dem nunmehr immer schnelleren Wachstum der Städte im Zuge der Industrialisierung.

Ein Vergleich der Lübecker Geburtenziffern mit denen anderer Städte und dem Reichsdurchschnitt zeigt die Parallelität der Entwicklung mit großer Deutlichkeit:

Geburtenhäufigkeit in ‰ der Bevölkerung im Vergleich zwischen einigen deutschen Städten und dem gesamten Deutschen Reich

	1900	1910	1920	1933
Deutsches Reich	37	29	26	15
Lübeck	32	26	23	12
Frankfurt/Main	29	23	20	9
Duisburg	45	36	27	15
Gelsenkirchen*	–	40	24	17

Demnach sind die Geburtenzahlen in Lübeck während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie auch in anderen Städten ähnlichen Charakters im Gegensatz zur heute üblichen Vorstellung nicht ausreichend gewesen, um bei der jeweils herrschenden aktuellen Sterblichkeit, die trotz schwerer Epidemien niedriger lag, als die im benachbarten Preußen trotz dessen sehr großen Anteils an Landbevölkerung, den Bevölkerungsstand zu halten. Die Stadt war auf Nachschub vom Lande angewiesen. Für ihre besondere Situation ist auch das Verhältnis nichtehelicher zu ehelichen Geburten recht charakteristisch. Für den Zeitraum von 1813–1846 haben in Lübeck die nichtehelichen Geburten im Durchschnitt dieser 34 Jahre 17,53% (!) aller Geburten betragen.

Erst in den 50er und 60er Jahren sank der Anteil der nichtehelichen Geburten und erreichte in den Jahren 1866 bis 1894 einen Durchschnittswert an allen Lebendgeburten von 7,95%.

Er stabilisierte sich also in den letzten 30 Jahren des Jahrhunderts auf knapp 8%, mit einem Minimum um 1880 mit rund 7%.

Die Säuglingssterblichkeit, also die Sterblichkeit der Kinder bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres, bezogen auf 1000 Lebendgeborene des gleichen Jahrgangs (ausgedrückt in ‰) war immer direkt oder indirekt abhängig vom epidemischen Geschehen, mögen dies Seuchen, Hungersnöte, Kriege oder politisch-soziale Krisen anderer Art gewesen sein. Hinzu kam und kommt auch noch heute die Unwissenheit bezüglich richtiger Pflege, der sommerliche Wärmestau im Inneren der großen künstlichen Steinwüsten, die wir Städte nennen und – vor allem – die Torheit, das Selbststillen aufzugeben[15]. Gleichzeitig setzte mit der stürmischen Industrialisierung das schnelle Wachstum der Siedlungen ein. Die alten Städte legten sich einen Kranz von Vorstädten zu, deren Scheußlichkeit in ihren Resten nur deshalb so wenig auffällt, weil unsere eigene Produktion an „Wohneinheiten" noch trister und für Kinder wohnungeeigneter ist, insbesondere auch durch das dabei entstandene Stadtmilieu.

Die Säuglingssterblichkeit begünstigende Einflüsse waren allgemein – und damit auch in Lübeck – diese:

* Das moderne Gelsenkirchen ist erst zwischen 1903 und 1928 aus der Zusammenlegung vieler Umgebungsgemeinden (Industriedörfer) entstanden[14].

1. Durch das rasche Wachstum der Städte änderte sich deren Klima; die in den toten Gesteinsmassen der Industriestädte gestaute Tageswärme konnte in schwülwarmen Sommernächten bei bedecktem Himmel nicht abstrahlen.
   Folge: Übersterblichkeit der Säuglinge in solchen Stadtteilen während der Zeit sommerlicher Hitzeperioden; Kurvengipfel im Verlauf des Jahres regelmäßig in den Sommermonaten.
2. Einführung der künstlichen Ernährung, ohne daß die Masse der Bevölkerung Kenntnisse von Lebensmittelqualität und -quantität, Sterilität und Hygiene hatte. Die ersten „Eisschränke" begannen erst aufzutauchen!
   Folge: Zur Überwärmung des empfindlichen Säuglingsorganismus durch schwüle Hitze zusätzlich eine Magen-Darm-Infektion durch „verdorbene", d.h. massiv bakteriell verunreinigte Flaschenmilch mit kindlichem Brechdurchfall, der gefürchteten „Cholera nostras".
3. Das Wohnungselend, diese schreckliche Mischung aus Wohnungsnot, Primitivität der Unterkünfte und der drangvoll-fürchterlichen Enge in denselben durch die Vielzahl der Bewohner[16].

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Säuglingssterblichkeit in Deutschland, die nach 1815 in grober Schätzung etwa 170‰ betrug, im Laufe des Jahrhunderts bis zu seinem Ende Werte von 200‰, in besonders ungünstigen Großstädten bis zu 250–300‰, und, bei den damals wie heute benachteiligten, und deshalb wesentlich zahlreicher sterbenden Nichtehelichen die 2–3fachen Werte erreichen konnte.
Lübeck hat mit seiner „Rückständigkeit" bei dieser Entwicklung zwar immer entsprechende, aber stets günstigerer Zahlen als vergleichbare Städte aufzuweisen gehabt. Nur in einer Beziehung hat es gelitten, nämlich durch die extreme Überfüllung der „Gänge" mit Menschen, als die Baugeschwindigkeit in den Vorstädten von der Masse der Landflüchtigen überholt wurde.
Ohne dies mit Zahlen genau belegen zu können, hat sich bei den Berichterstattern die Überzeugung gefestigt, daß in Lübeck während der Zeit von 1850 bis etwa 1915 bei den Müttern die Stillbereitschaft langsamer abnahm, das Ammenwesen sich länger hielt und die künstliche Ernährung sich weniger rasch durchsetzte als in „fortschrittlicheren" Kommunen. Der ewige Wind aber, verbunden mit dem etwas rauhen Klima, sorgte für Durchlüftung und Abkühlung der Stadt. Lübecks Säuglingssterblichkeit betrug 1813 bis 1845 trotz der Seuchen und der hohen Zahl der Nichtehelichen im Durchschnitt 152‰[17]. Später stieg, wie dargelegt, die Säuglingssterblichkeit auch in Lübeck an, erreichte aber bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nur Werte, die, relativ gesehen, mit Ausnahme des noch säuglingsfreundlicheren Bremen (!) wesentlich günstiger waren, als es dem vergleichbaren Durchschnitt entsprach.

Um 1890 betrug die Säuglingssterblichkeit in Lübeck 181,1‰ (die Kleinkindersterblichkeit, berechnet für alle 1–5jährigen Kinder, 36,1‰). Diese schreckliche Zahl muß – bezogen auf die Berichtszeit – als ausgesprochen günstig bezeichnet werden, wenn man bedenkt, daß 13 deutsche Großstädte 1904/05 im Mittel eine durchschnittliche Säuglingssterblichkeit von 216‰ besaßen gegenüber Lübeck mit 181,1‰.

Wie wir gesehen haben, waren in Lübeck Glück und Elend im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts des positivistischen Progressismus – mit dem kurzen Kater der fin-de-siècle-Stimmung – das Kindersterben, das Nichtehelichenproblem, die „soziale Frage", die Volkskrankheiten usw. – immer gedämpft, überschaubar und mit dem

jeweiligen Wissen der Zeit und dem sozialen Sinn der Gemeinschaft auch relativ beherrschbar.
Der Kleinstaat war nicht „rückständig", sondern vorsichtig, manchmal zu konservativ, meist aber höchst wirkungsvoll unternehmend, wenn die Umstände dies erforderten; stets war er sehr – und dies bewußt – auf den eigenen Vorteil, d.h. den seiner Bürger aller Klassen und aller Altersstufen bedacht. Skeptisch betrachtet, ist dies der einzige Vorteil, auf den man ohne Skrupel bedacht sein darf; alles andere ist meist nur persönlicher Ehrgeiz oder Machthunger.

3. Der Kieler Friede am Ende der napoleonischen Kriege und seine Begleitverträge und Absprachen in ihren Beziehungen zu Lübeck im frühen 19. Jahrhundert.

Als Lübeck sich 1815, lange nach dem Ende seiner großen Jahrhunderte – als urbs imperialis libera, Civitatum Wandalicarum et totius Saxoniae Caput – am Ende der französisch-napoleonischen imperialen Hegemonie als sehr kleiner Stadtstaat im Verband des Deutschen Bundes – total verarmt, aber frei – wiederfand, war seine „außenpolitische" Lage zwar infolge seiner vom Bund garantierten Situation praktisch problemlos, aber auch nicht mehr. Die komplizierten Nachbarschaftsverhältnisse müssen – am besten im Rahmen des Kieler Friedens – kurz einzeln besprochen werden, soweit dies zum allgemeinen Verständnis und aus damaliger lübscher Betrachtungsweise erforderlich ist.
In der 8. Auflage der Realencyklopädie von Brockhaus aus dem Jahre 1835 wird Kiel bis 1773 als Hauptstadt des gottorpschen (kaiserlich russischen) Anteils am dänischen Herzogtum Holstein bezeichnet. In diesem Jahre wurde jener Anteil gegen Oldenburg und Delmenhorst an Dänemark getauscht. Somit waren die Herzogtümer Schleswig und Holstein ab 1773 vollständig dänisch[18]. Erst mit der Einführung „gewählter" Landstände (1834) und damit dem ersten Ansatz zur ständischen Selbstverwaltung beginnt sich die Bevölkerung von Schleswig und Holstein nunmehr ihrer nationalen Eigenart – entsprechend dem Stil der Zeit und der lange abgelenkten, aber nun stark hervorbrechenden Emotionen – mit Dänemark nur noch durch königliche Personalunion verbunden, bewußt zu werden. Das Ende des 18. Jahrhunderts bringt somit die Entwicklung zum konstitutionell-parlamentarischen Königtum, der genialen nordwesteuropäischen Sonderstrukturform und zum Nationalismus, der vorher natürlich ebenfalls vorhanden, jetzt jedoch als eines der politischen Hauptmotive der Zeit erkannt wurde. Die politische Kurzsichtigkeit der an die Kabinettspolitik alten Stils gewöhnten Kopenhagener Regierung zeigt bei der außenpolitischen Lagebeurteilung eine Vielfalt tragischer Fehler.
Dänemark hatte im September 1807, des Angriffs auf Kopenhagen und des Flottenraubes wegen, England den Krieg erklärt; es hatte des weiteren 6 Jahre später die Forderungen aus St. Petersburg, Stockholm, London und Berlin abgelehnt, nämlich: Norwegen an Schweden abzutreten, am Krieg gegen Frankreich teilzunehmen und sodann für Norwegen eine Entschädigung zu erhalten!
Das war also 1813! Trotz des offensichtlichen totalen, inzwischen sich auch überall in der Stimmung der Bevölkerung offenbarenden Umschwungs der Verhältnisse ließ Dänemark seine Truppen zu den französischen treten und besetzte zu deren Entlastung am 31. Mai 1813 Hamburg, am 3. Juni d.J. Lübeck! Die weitere Entwicklung verlief folgerichtig:
War die Hamburg/Lübecker Besetzung staatsrechtlich noch eine rein dänisch-französische Angelegenheit, da sowohl Lübeck wie Hamburg auf „französischem" Territorium lagen, folgte ein dänisch-französisches Trutzbündnis, geschlossen in Dresden am 10. 7. 1813 gegen Schweden, Rußland und Preußen, dem sich die Kriegserklärung Dänemarks an Schweden am 3. September, diejenige an Rußland und Preußen am 22. Oktober 1813 anschloß.
An diesem Tage war die napoleonische Armee auf Grund der verlorenen Schlacht vom 18. Oktober bei Leipzig schon auf dem Rückzug über den Rhein!

Der Krieg quälte die betroffene Bevölkerung – und sich selbst – noch bis Anfang 1814 hin, dann war dieses Unternehmen zu Ende[19].
Der Kieler Friedensschluß und seine Folgen mit den zugehörigen Vereinbarungen und Verträgen hatten der zwar total wirklichkeitsfremden, nach Süden zur Elbe gerichteten, aber zielstrebigen und zähen Expansionspolitik Dänemarks Recht gegeben: am Ende der außenpolitischen Konsolidierungsphase erreichte es, trotz Staatsbankrott und Bevölkerungselend, am 6. Juni 1815 in Wien durch Vereinbarung zwischen Dänemark und Preußen sein Ziel – und damit die Elbe – durch den scheinbar endgültigen Übergang der drei Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an Dänemark[20].
Die innere Lage Lübecks nach der endgültigen Befreiung[21] – das Wort darf hier in seiner eigentlichen und unmißverständlichen Bedeutung gebraucht werden – ist schon ausführlich genug dargestellt worden (s. w. o.), es kann somit darauf verwiesen werden.
Die Stadt war nun im Norden, Westen und Süden von dänischem Gebiet – mit ausschließlich deutschsprachiger Bevölkerung – umgeben, so daß nur noch der Flußhafen mit dem freien Ausgang in die Ostsee bei Travemünde und im Osten ein gemeinsames Grenzstück mit Mecklenburg verblieb. Die direkten Überlandverbindungen an Ost- und Nordsee zwischen den beiden deutschen Stadtrepubliken Lübeck und Hamburg verliefen durch dänisches Hoheitsgebiet, wobei als besonderes und pikantes Kuriosum vermerkt sei, daß Dänemark für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg Mitglied des Deutschen Bundes war, nicht aber für Schleswig. Hier waren von den Diplomaten alte Vorbilder aus der Reichsgeschichte kopiert worden, die für das heraufziehende Zeitalter der Nationalstaaten über längere Zeit aus Prinzip nicht tragbar sein konnten. Wurde hier zukünftiger Streit von der einen, der anderen oder gar von mehreren Seiten absichtlich programmiert?
Hatte nun Dänemark schlußendlich im Rahmen seines alten Südexpansionsprogrammes sein außenpolitisches Ziel erreicht, so wurde durch die nun folgende, im Zuge der Zeit liegende „Anti-Nationalitätenpolitik" gegen nationale – wie früher gegen religiöse und in der neueren Geschichte gegen rassische und/oder ideelle – Minderheiten ein politischer Weg eingeschlagen, der, wie vorauszusehen, in krassem Mißerfolg enden mußte[22].
Im Spezialfall Schleswig-Holstein wirkte sich die Danisierungspolitik nun, unter Parteidruck langsam zunehmend (Eiderdänen, Südjütland) katastrophal aus. Mit den zusätzlichen Verwicklungen wegen der unterschiedlichen königlichen bzw. herzoglichen Erbfolgegesetze, der steigenden Unruhe unter den Landständen und der gesamtdeutschen „Vormärzstimmung" kam es – mit anfänglicher Unterstützung des Deutschen Bundes – 1848 zum Aufstand der Herzogtümer, 1864 zum Krieg zwischen Preußen/Österreich – als Exekutivmächten des Deutschen Bundes – und Dänemark, was den Totalverlust der Herzogtümer für Dänemark und deren schließlichen Übergang als gemeinsame Provinz in den Verband des preußischen Staates zur Folge hatte[23].

4. Politische Zusammenhänge bei einigen Universitäten im hansischen Ostseeraum.

KOPENHAGEN

Die dänische Universität zu Kopenhagen wurde ein Jahr nach der schwedischen Universität Uppsala im Jahre 1478, beide also kurz vor der Reformation praktisch gleichzeitig gestiftet. Beide gaben dem europäischen Norden vor allem für den Bereich der skandinavischen Ostseeräume einen nachhaltigen Impuls für die weitere Entwicklung des geistigen Lebens. An den gegenüberliegenden südöstlichen und südlichen Ostseeküsten und weiter nach Süden landeinwärts bis Wien schloß sich eine Kette der überhaupt ältesten deutschen Universitäten an, die im 14. und 15. Jahrhundert, teilweise später auch im Bereich der östlichen Nachbarn errichtet wurden, wobei die Nationalitätenbezeichnungen innerhalb der Hochschulen – entsprechend der zeitabhängigen Gepflogenheit – nicht immer mit den heute üblichen gleichgesetzt werden dürfen.
Territoriale Entfernung, Siedlungsdichte, Zivilisationsniveau und -richtung ihres Gefälles, traditionelle politische Vorurteile, „Erbfeindschaften", ideelle, z.T. künstliche Grenzen haben die Entstehung und Ausbreitung der „Vokabel Nationalismus" über Jahrhunderte teils gefördert oder gehemmt und zeitlich eher beschleunigt als gebremst.

PRAG UND LEIPZIG

Unter Einbeziehung der vorstehenden reservatio mentalis muß doch auffallen, daß es nicht nur dynastische oder kulturpolitische, sondern auch persönliche Erwägungen waren, die Karl IV. zur Gründung der ersten deutschen Universität 1348 in Prag bewogen und ihn versuchen ließ, die Wiener Universitätsstiftung durch Herzog Rudolf den Habsburger zu hintertreiben.
Die Leipziger Universitätsgründung (1409), offiziell vom Markgrafen Friedrich (zubenannt dem Streitbaren) von Meißen und seinem Bruder, dem Landgrafen Wilhelm, die mit sehr schnell erteiltem päpstlichen Konsens (Alexander V.) erfolgte, war eine direkte und unmittelbare Folge der durch König Wenzel von Böhmen unterstützten neuen Stimmenverteilung der „Nationen" in der Universität Prag. Nicht mehr, wie ursprünglich, sollte je eine Stimme für jede „Nation" (Bayern, Sachsen, Böhmen und Polen), sondern drei Stimmen für die böhmische und eine gemeinsam für die 3 anderen Nationen gelten. Da König Wenzel in allen seinen Regierungshandlungen mehr bequem als energisch reagierte, die betroffenen Landsmannschaften – Polen, Bayern, Sachsen – im harten Widerstand einhellig verharrten, eine päpstliche, allgemein anerkannte Autorität ebenfalls fehlte, kam es nach Wegnahme der Universitätsinsignien zu dem bekannten und folgenreichen Auszug hauptsächlich der polnischen und deutschen Magister und Scholaren, teils nach Erfurt, in der Masse nach Leipzig (1409), wo im gleichen Jahr die neue Universität gestiftet wurde. So haben wir in Prag ein klassisches Beispiel dafür, wie nationales, religiöses und politisches Eiferertum in einer immer häßlicher, argumentärmer, dafür lautstärker und

brutaler werdenden Mischung auf die Katastrophe bewußt hinlenkt, dann hintreibt und schließlich, von einer Scheinautorität legalisiert, diese auslöst.

KIEL

Ungleich zivilisierter, gedämpfter, ohne ein religiöses Motiv, dafür aber planvoll zentral gelenkt, spielte sich der Danisierungsversuch während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts an der noch relativ jungen Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ab, 1665 vom Herzog Christian Albrecht von Holstein-Gottorp gestiftet. In der für beide – Dänemark und Lübeck – sehr schwierigen Zeit, die nach 1815 anhob, Dänemark mit Staatsbankrott, Lübeck total verschuldet und verarmt, kann man heute, nach 170 Jahren, der Hansestadt uneingeschränkt die bessere und besonnenere Politik attestieren[24)].
So war die politische Praxis der nachgeordneten dänischen Behörden keineswegs dazu geeignet, der angestrebten Danisierung auf längere Zeit Vorschub zu leisten, sondern wohl eher eine Folge der – vielleicht unbewußten – Verärgerung über die sich immer noch (seit 600! Jahren) so selbstherrlich gerierende Freie Stadt, die wie ein Stehaufmännchen den eigenen (dänischen) Bestrebungen im Wege stand, zusammen mit dem ihr von jeher befreundeten Hamburg.
Das Problem der ursprünglich holstein-gottorpischen Christiana Albertina als Landesuniversität war schon deshalb im dänisch-kleinimperialistischen Sinne äußerst schwer zu bewegen, weil die Stände in den Herzogtümern verbriefte Rechte besaßen, weil die Landesherren mit dem dänischen Königshaus blutsverwandt waren, weil das Erbfolgerecht gegenüber der königlichen Linie ein anderes war und weil die Bevölkerung immer nationalbewußter wurde, so daß es unmöglich war, hier mit rüden Methoden vorzugehen. Andererseits war die dänische Reichsuniversität ehrwürdigen, mit der schwedischen in Uppsala praktisch gleichen Alters. Ob ihrer Bedeutung allein konnte sie auf internationalen Ruf verweisen, während die Universität Kiel – auch wegen ihrer geringen Größe und wegen ihres immer mehr sich formenden nationalen Charakters – als geistiger Mittelpunkt für die Herzogtümer prädestiniert war. Fast von selbst kam es daher bald – mit der Zeit immer deutlicher – zu einem Kieler universitären Marasmus, mit dem auch ein qualitativer Schaden zwangsläufig verbunden sein mußte; denn eine jede Universität benötigt seitens ihrer Träger einer ständigen verständnis-, ja liebevollen und nicht nur materiellen Pflege und Unterstützung, um gedeihen zu können.
Man konnte also entweder die deutsche Universität des deutschen Bevölkerungsteils in Dänemark besonders verständnisvoll im obigen Sinne pflegen, oder man konnte sie stiefmütterlich behandeln, um dann durch personelle Umschichtung und – bei passender Gelegenheit – durch gezielte Entlassungen das Ziel zu erreichen. Die zweite Methode wurde gewählt, nicht, weil sie dem Zeitgeist entsprochen hätte, was zu Recht kränkend für diesen gewesen wäre, sondern weil es der „Stimmung" der mäßig gebildeten, nationalistisch eingefärbten Schichten und ihrer Wortführer in Kopenhagen – der Eiderdänen – entsprach. Damit schien das Schicksal der Universität Kiel besiegelt. Weitere Überlegungen sind an dieser Stelle müßig, weil nunmehr die Situation aus der Sicht des höchsten zeitgenössischen Beamten Lübecks, eines der weltoffenen Tradition der alten Hansestadt verhafteten, sehr kritischen Mannes, des Syndikus Dr. b. R. Carl Georg Curtius begutachtet werden soll[25)].

KIEL UND BERLIN

Schon bei flüchtiger Betrachtung einer historischen Karte über die Standorte von Universitäten und Akademien in Europa mit Gründungsdaten bis einschließlich des 18. und einem ersten kurzen Abschnitt des 19. Jahrhunderts fällt auf, daß im Norden Deutschlands, nördlich einer ungefähren Linie Frankfurt/Oder – Helmstedt, deren beide Universitäten um 1810 ihre Pforten schlossen, außer Berlin, das gesondert zu behandeln ist, nur noch Königsberg (1544), Greifswald (1456), Rostock (1419) und Kiel (1665) existierten und funktionierten. Berlin aber, gegründet mitten in Preußens schlimmster Notzeit, vier Jahre nach der Katastrophe von 1806, welche auch die unmittelbare Ursache für das Lübecker Unglück war und vier Jahre vor dem Ende der napoleonischen Kriege überhaupt ist in aller Not ein einmaliger Glücksfall gewesen.

Über den Mühsalen dieser Gründung ebenso wie dem teilweise erbitterten Zwist über die einzuschlagenden Wege stand das Motto, daß „durch geistige Kraft ersetzt werden müsse, was durch physische verloren sei". Viele Umstände haben sich gerade in dieser Hinsicht vereint. Kein nationalistischer und arroganter Hochmut entstand, aber es kam nach der immer langweiliger erscheinenden Aufklärungsepoche die Romantik mit ihrem besonders in der Jugend kräftig wirksamen Patriotismus. Die jüdische Emanzipation fand vor allem im gebildeten Bürgertum christlich-romantischer Prägung eine nachhaltige Stütze, wobei ihr in den späteren Jahren des Biedermeiers die zunächst langsam einsetzende, sich aber bald beschleunigende wirtschaftliche Erholung die dringend erforderliche materielle Grundlage schaffte. Der Zeitraum bis zum März 1848 (nur 42 Jahre nach der Schlacht von Lübeck, von denen man zumindest 12 der zwar ungeheuer prägenden Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre zum „Lecken der Wunden" abziehen muß), war für den kleinen, auf sich allein gestellten Stadtstaat, der sozusagen sein eigenes Zentrum war, einfach zu kurz, um gleichzeitig alle vorhandenen oder am politischen Himmel heraufziehenden Probleme zu erkennen, geschweige denn lösen zu können.

Professoren und Studenten waren – nur nach Alters-, Erlebnis- und Generationskriterien differenziert – einig in der Kritik des Staatsbürokratismus, der Restauration und ihrer Methoden, der Zensur in ihren kleinlichen Schikanen usw., zogen an einem Strang und hatten demzufolge einen gemeinsamen Feind, der so herrlich empfindlich gegenüber Spott und Hohn war und auf den das verächtliche Wort aus unserem Jahrhundert: „Papiertiger" gut gepaßt hätte.

Der oft grimmige Gegensatz zwischen den alten traditionellen Landsmannschaften (den „Nationen" der Universitäten des Mittelalters) und den jungen, sich schnell formierenden Burschenschaften (den Repräsentanten der deutsch-patriotischen Epoche) wurde gern durch Duelle ausgetragen, was seinen Reiz bald verlor und sich nur auf dem Privatsektor, wie von jeher bei den Offizieren, bis weit in das 20. Jahrhundert hinein – als Sportmensur z.T. bis heute – gehalten hat. Der Name Wilhelm von Humboldt aber ist untrennbar mit der neuen Berliner Universität verbunden, die bald zum Prototyp der „neuen" deutschen Universität überhaupt geworden ist.

Wie schon – und notwendigerweise etwas breiter – dargelegt, mußte es einem zeitgenössischen lübecker Beobachter, dem Syndikus des Stadtstaates Curtius beim Blick über die dänische Grenze so erscheinen, als ob der Aufstand der Herzogtümer, der als erster Schleswig-Holsteinischer Krieg bezeichnet wird (1848–1852), sowohl militärisch als auch diplomatisch zu einem Erfolg für Dänemark führen müßte, denn die

Erhebung war verfrüht[26]. Als Folge wurde ab 1852 der traditionelle Druck auf die Kieler Universität verschärft, weil – wie nur natürlich – Kieler universitäre Kräfte heftig an dem Ausbruch und vor allem an der ideellen Unterstützung desselben beteiligt waren. So kam es zur Entlassung einer Reihe von Professoren – fast ⅓ der Gesamtheit – unter ihnen der berühmte Orientalist (seit 1858 Vortragender Rat für Universitätsangelegenheiten in Berlin) Justus Ohlshausen und der Staatsrechtler und Sozialwissenschaftler Lorenz von Stein.
Lübecker Querverbindungen nach Berlin im Rahmen des Universitätslebens waren vielfältig und sind an den Namen Curtius gebunden gewesen, der hier als Beispiel dienen soll, so daß es dem Syndikus an verläßlichen Informationen, auch vertraulicher Natur, gewiß nicht mangelte (s. a. Anm. 25).

ROSTOCK UND GREIFSWALD

Die Universität Rostock, als nächste in der Reihe der zu besprechenden Universitäten, ist für Lübeck neuerdings anläßlich der Gründung der ersten eigenen universitären Einrichtung, der Medizinischen Akademie (2. Medizinische Fakultät der Universität Kiel), später selbständige Medizinische Hochschule Lübeck (1964 bzw. 1973), wieder interessant geworden, weil diese alte und „wanderfrohe“ Gelehrtenschule unter anderem auch einmal in Lübeck Gastrecht genoß (1487–1490), nachdem sie sich vorher schon einige Monate in Wismar aufgehalten hatte. Die 1419 gegründete, erste Universität* im nordeuropäischen Raum, ein Kind des Landesherrn und der reichen Hansestadt, die am Anfang Studenten und Professoren aus dem Machtbereich der Hanse an sich gezogen hatte, geriet schon bald in die sozialen – besser: ständischen – Unruhen in der Stadt, die man 1417 beigelegt zu haben glaubte.
Im Gefolge der schweren Niederlage der hansischen Interventionsflotte gegen die Einführung des Sundzolls durch den Dänenkönig (1427) kam es in Rostock wiederum zu Unruhen. Es gab einen neuen Rat, und die 4 alten Bürgermeister wurden vertrieben. Im weiteren Verlauf des schwierigen Streits geriet Rostock in die Reichsacht (1431/32) und über das Basler Konzil durch Papst Eugen IV. in Kirchenbann und Interdikt (1434), wodurch die schon sehr schwierige Lage der Universität auf lange Sicht unhaltbar wurde, da ein Teil der Professoren geistlichen Standes war. Derselbe Papst hatte nur 2 Jahre zuvor, just als über die Stadt Rostock die Reichsacht verhängt wurde, die ersehnte theologische Fakultät genehmigt. Im Laufe des Jahres 1436 wurde man allerseits kompromißbereit, der alte und der neue Rat einigten sich (1439), die Universität durfte unter Bewahrung ihrer Privilegien emigrieren – nach Greifswald – wo sie sich 1437/38 wieder etablierte – der Kirchenbann wurde 1440, die Reichsacht 1442 aufgehoben und der Friede mit dem Landesherrn – gegen Zahlung von 3000 Gulden versteht sich – wieder geschlossen (1443), so daß die Universität, die in Greifswald zuletzt nur noch formal weiterlebte, eigentlich hätte zurückkehren können. Aber die Rostocker wollten ihre Universität nicht wieder haben und manche Professoren wollten auch lieber in Greifswald bleiben.

---

* Diese benötigte die päpstliche Konfirmation zur Bestätigung der üblichen universitären Privilegien. Sie erfolgte auf dem Konzil zu Konstanz durch den von allen Seiten einhellig inthronisierten Papst Martin V. (s. a. ausführlich mit Bezug auf Lübeck Anmerkung 28).

So mußte sich der Erzbischof in Bremen, unter Mithilfe der Hanse (Lübeck, Lüneburg und Hamburg) einschalten, um die Stadt Rostock zu bewegen, ihre eigene Universität zur Rückkehr einzuladen – unter Verzicht auf frühere finanzielle Zusagen natürlich, welche bei der Gründung (1419) gegeben worden waren und – pikanterweise – Professorengehälter und -pensionen betrafen. Die Rückkehr fand 1443 statt, unter Verlust der lieber in Greifswald verbleibenden Universitätsangehörigen.
Die Gemüter hatten keine Zeit, sich zu beruhigen, denn, wenn auch die Stadt Rostock ihre Universität nunmehr doch recht generös behandelte, so reifte bei der herzoglichen Regierung wie bei der Universität der Plan, die Jakobikirche zum Dom umzuwandeln, dessen reiche Kapiteleinkünfte dann für den Unterhalt der Professoren mitverwendet werden sollten, da die Stadt die Rückkehr der Universität nur gegen Streichung der von ihr vertraglich übernommenen Zahlung von jährlich 800 Gulden Professorengehälter erlaubt hatte.
Der Trick mit der Errichtung des Domkapitels holte also aus der Bürgerschaft die Mittel auf durchaus legale Art für die Universität wieder heraus, welche die Stadt sich auf recht unschöne, listige und ihre Beliebtheit bei der Universität nicht gerade steigernde Art und Weise erspart hatte. Da hierdurch auch Land (der Herzog) und Kirche (der Erzbischof) in der Stadt an direktem und potentiellem Einfluß gewannen, war in derselben die Empörung besonders groß, wie immer, wenn man – um in der Sprache der Fußball-Kulturzeit zu sprechen – ein entscheidendes Eigentor geschossen hat. Die Gründung des Domstifts in Rostock wurde aber längere Zeit zurückgestellt, so daß inzwischen (1456) die Universität Greifswald als pommersche Landesuniversität entstand, woran die dort verbliebenen Rostocker Professoren nicht unbeteiligt gewesen sein dürften.
Der geschilderte Plan, die Rostocker Jakobikirche in ein Domstift umzuwandeln, hat zuerst in Greifswald Früchte getragen, denn schon ein Jahr nach Gründung der Universität wurde die dortige Nikolaikirche zu einem Kollegiatsstift erhoben (1457), wobei man – wie in Rostock ursprünglich beabsichtigt – die Finanzierung der Universität, insbesondere des Lehrpersonals, im Auge hatte. Die Greifswalder territorialen Bedingungen waren zur glücklichen Durchführung des Unternehmens allerdings wesentlich günstiger[27].
Als nun der energische neue Herzog Magnus von Mecklenburg (ab 1477), offensichtlich aus den schon dargelegten Gründen, die alten Pläne wieder aufgriff und Anfang 1487 der Dom in Rostock geweiht wurde, wie es Jahrzehnte zuvor geplant war, brachen heftige Unruhen aus, später „Domfehde" oder Domherrenstreit genannt – bei denen der Domprobst sein Leben verlor, die Herzöge die Stadt verließen und zwei Bürgermeister flohen.
Im gleichen Jahr wurde die Stadt Rostock wiederum gebannt – diesmal vom Bischof von Ratzeburg – und der Universität befohlen, diese zu verlassen. Ihren landesherrlichen Geleitbrief erhielt sie im selben Jahr und zog erst nach Wismar, doch schon nach wenigen Monaten weiter nach Lübeck, welches sich diese notleidende Universität, wenn es nur gewollt hätte, ohne große Schwierigkeiten hätte einverleiben können. Der Verdacht scheint nicht ganz unberechtigt und auch von den Rostockern so empfunden worden zu sein, denn Lübeck hatte die im Katharinenkloster in Wartestellung sozusagen und offenbar ohne neue Immatrikulationen aber mit Rektoratswechsel als willkommener Gast residierende Universität äußerst liebenswürdig empfangen. Rostock hat sie später dann aufs freundlichste und ohne jeden mißverständlichen Unterton zur Rückkehr eingeladen[28]. Dies zu einer Zeit, als die Domfehde noch nicht

endgültig beigelegt war und die Vermittlungsverhandlungen durch die wendischen Hansestädte – deren Haupt Lübeck war – noch liefen. Die Rückkehr der Universität erfolgte 1488 (nach anderen Quellen 1489/90), die Beilegung des Streits 1491[29].

Die Universität Rostock hatte somit allein im 15. Jahrhundert innerhalb von knapp 70 Jahren nach ihrer Gründung außer in ihrer Gründungsstadt noch weitere drei Standorte – Greifswald, Wismar und Lübeck – gehabt; ein Unikat in der Geschichte der bis heute überlebenden Universitäten. Doch war ihr Wanderschicksal noch nicht beendet! Bisher war sie von den Folgen des großen Kirchenschismas, dem ersten Erwachen eines sozialreligiösen Nationalismus in Böhmen, von den blutigen Hussittenkriegen nach Verurteilung und Verbrennung des Prager Professors, Geistlichen, Anhänger der Lehren Wicliffs und glühendem böhmisch-tschechischen Nationalisten Johannes Hus beim Konzil in Kostanz noch kaum berührt worden, wenn man davon absieht, daß der endlich wieder allseits anerkannte postschismatische Papst Martin V. ihr eine theologische Fakultät zunächst zu konfirmieren verweigert hatte, da er dem ungezähmten, aber privilegierten gelehrten Reformismus mißtraute, diese dann jedoch genehmigte.
Doch nun kam die Reformation! Hussittische Zellen, Restchen sogar von Waldensern und Wiedertäufern hat es natürlich im 15. Jahrhundert reichlich gegeben; sie beschränkten sich aber auf Schwärmerzirkel und haben im Ostseeküstenbereich keine wesentliche Rolle gespielt. Anders war es mit dem Auftreten des Geistlichen und wortgewaltigen Professors aus der jungen Universität Wittenberg, der weder Sozialrevolutionär war noch nationale oder politische Interessen vertrat, sondern selbst ausschließlich „reformieren", nicht revolutionieren wollte.
Die totale Verweltlichung der kirchlichen Hierarchie war zugleich mit den nicht gerade beispielgebenden Sitten in der Lebensführung ihrer Träger zum öffentlichen Ärgernis geworden. Nach ihrer Rückkehr, zu Beginn des 16. Jahrhunderts, blühte die Universität Rostock kurzfristig unter humanistischem Einfluß auf; als aber die Reformation in der Bürgerschaft nicht nur mit Eifer, sondern zunehmend von Eiferern gefördert wurde, stemmten sich der Rat der Stadt sowie Senat und Konzil der Universität gegen die unruhigen Bürger und Studenten.
Es ist nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Aufsatzes die widerstreitenden, fast immer auch materiellen Interessen der einzelnen Gruppen zu entflechten. Nun war es damals so sicher wie heute und immer: die allgemein geistlich-religiösen und die ideellen Fragen traten gegenüber dem Hunger nach Macht, Einfluß und Besitz schnell in den Hintergrund. Der Machtkampf der Landesfürsten und der Stadt Rostock nach der dort durchgeführten Reformation und Säkularisation vieler Kirchengüter führten die Universität langsam in die Verarmung und nahm auch vielen Professoren die Existenzgrundlage. Manche wanderten ab; die Zahl der Immatrikulationen ging drastisch zurück und als man wieder zur Besinnung kam, waren die Fürsten die natürlichen Beschützer der Universität geworden, die zumindest die wichtigsten Säkularisationen für sie retten konnten. Der Rat der Stadt dagegen war zwar nicht ihr erklärter Feind, anscheinend aber der Meinung, daß Leute aus der Geisteswelt der ausreichenden Befriedigung ihrer physischen Bedürfnisse leicht entraten könnten, zumal die Universität starrsinnig am alten Glauben festzuhalten suchte. Schließlich waren die Professoren zwar oft Geistliche, aber keineswegs immer auch Feuerköpfe!

Nachdem es um 1550 – beinahe schon zu spät – dem Herzog Johann Albrecht gelungen war, der Reformation in der Universität zum Erfolg zu verhelfen, schlug die

Stimmung bei der begeisterten Bürgerschaft zwar um, doch die zeitraubenden, ermüdenden Zänkereien und Querelen gingen zwischen Rat und Herzögen weiter. Der Rat fürchtete den gestiegenen Einfluß der Fürsten und diese wollten natürlich die reiche Stadt daran hindern, sich ihren heißesten Wunsch erfüllen zu können, nämlich: Freie Reichsstadt zu werden, was ihr sehnlichstes und höchstes Ziel war.

Nach dem Abschluß des Augsburger Religionsfriedens am 25. 9. 1555 gelang es Herzog Johann Albrecht, die kaiserliche Konfirmation für die Universität zu erhalten (18. 8. 1560) anstelle der jetzt wertlosen päpstlichen Stiftungs- und Privilegierungsurkunde von 1419. Dies war ein gewaltiger politischer Gewinn des Herzogs, den er zäh und mit Erfolg gegen die Revisionsversuche des Rats verteidigt hat.

Die Universität aber hatte inzwischen unter dem um sie geführten Streit derart gelitten, daß Lebensgefahr für den Patienten bestand. So setzte man sich an den Verhandlungstisch und feilschte einen Proporz aus: so und so viele Professoren bezahlt die Stadt, so und so viele das Land (die Herzöge), die Liegenschaften werden so und so angerechnet usw. Das war die „formula concordiae" vom 11. 5. 1563. Es gab nun natürlich schnell ein städtisches und ein fürstliches Kollegium – auf den jeweiligen „Zahlvater" ausgerichtet – aber beide unter einem gemeinsamen Rektor.

Da die Bestimmungen der formula concordiae, soweit sie die Funktionsfähigkeit der Universität – im weitesten Sinne – betrafen, klug, neutral und kompromißbereit aufgestellt waren, haben sie sich zusammen mit den Grundlagen der kaiserlichen Konfirmation bis zum Jahre der Spaltung (1760), also 197 Jahre lang, bewährt.

Es gibt noch eine formula concordiae posterior, durch die zeitbedingt notwendige Anpassungen vorgenommen wurden (1577). Von etwa diesem Datum an scheint die Universität Rostock in etwas provinzieller Manier – brav und bieder – ihre Arbeit verrichtet zu haben. Der Protestantismus, besser gesagt, die sich etablierende lutherische Kirche, wurde in dieser Phase der Entwicklung intolerant und orthodox, wenn nicht gar zänkisch, und ihre Träger genossen die Befriedigung der religiös-autoritären Seelsorge in ihren meist ländlichen Gemeinden.

Selbst der dreißigjährige Krieg ist an Mecklenburg – und damit an Rostock – relativ erträglich vorübergegangen. Auch Wallenstein als zeitweiliger Herzog des Landes und kaiserlicher Generalissimus war an die kurz nach Abschluß des Augsburger Religionsfriedens von Kaiser Ferdinand I. erteilte Konfirmation gebunden und blieb in seiner Haltung der Universität gegenüber neutral. Erst als es im 18. Jahrhundert zu einer letzten Machtprobe zwischen aufgeklärtem Absolutismus und der hansischen Republik Rostock kam, erhielt der „herzogliche" Teil der Universität die Auflage, nach Bützow umzuziehen.

Nun gab es zwei Universitäten im kleinen Mecklenburg, die jede für sich eigentlich nicht lebensfähig war. Dann mußte die Stadt nachgeben; man einigte sich also: Der Universitätsteil aus Bützow kehrte zurück, 1787 verzichtete die Stadt auf den Mitbesitz an der Universität; diese bekam genau 50 Jahre später, 1837, neue Statuten und einen richtigen Etat. Damit bricht nun auch in Rostock die Moderne im Sinne Wilhelm von Humboldts an!

Man kann kaum einem Irrtum unterliegen, wenn man die in Greifswald verbliebenen Lehrkräfte der keineswegs unter herzlichen Willkommensgrüßen und unter Verzicht auf früher gemachte finanzielle Zusagen seitens der Stadt nach Rostock zurückkehrenden Universität mit der wenige Jahre später erfolgten Gründung – 1456 – der Universität Greifswald ursächlich in Zusammenhang bringen würde.

So reizvoll es wäre, in ähnlicher Breite wie die Schicksale der Rostocker Universität auch den Lebenslauf der Greifswalder Hohen Schule nach den gleichen, etwas ungewohnten Kriterien zu untersuchen, so würden wir das gesetzte Ziel verfehlen, nämlich festzustellen, wie die Situation der Universitäten im deutschen Ostseeküstenraum sich einem Verantwortung tragenden Lübecker Politiker in dem jetzt genauer zu umreißenden Zeitraum von ca. 1820 bis zum Ende des 2. Schleswig-Holsteinisch-Dänischen Krieges 1864 darstellt.
Unter Berücksichtigung aller Kriterien, auch kleinlicher und des für uns Heutige nurmehr registrierbaren nationalen Überschwangs, ohne Verständnis für den hohen Stellenwert der ihn beherrschenden Emotionen kann man feststellen:

1. Von der Neuen Berliner Universität (1810) gingen sehr starke Impulse aus.
2. Die Universität Kiel (1665) wurde farbloser und schien dem Untergang nahe bzw. in Gefahr, von der bevorzugten Kopenhagener Universität aufgesaugt zu werden. Nach dänischer Interpretation wurde sie als dänische Universität aufgefaßt, wie w. o. dargestellt.
3. Die Universität Rostock hatte schwer zu leiden gehabt. Ihr Wanderschicksal hat sich verständlicherweise ungünstig ausgewirkt, wie ausführlich dargelegt wurde. Insbesondere die jüngsten Erlebnisse der Spaltung in die Residenzen Rostock und Bützow wurden – da die Lübecker schon seit langem eine subtile Kenntnis der Rostocker Angelegenheiten hatten – nicht nur bezüglich der Universität – sehr kritisch betrachtet[30)].
4. Greifswald (1456) war mit seiner Universität zwar wesentlich glücklicher gefahren. Man beachtet aber nicht genug, daß durch den Frieden von Münster und Osnabrück, durch den der 30jährige Krieg beendet wurde, mit Pommern auch Stadt und Universität Greifswald an Schweden gefallen war.

Erst nach den napoleonischen Kriegen kehrte Pommern mit Greifswald und seiner Universität nach Deutschland zurück. Diese Zeit – zusammen mit der Periode der schwedischen Sequestration nach der Landung Gustav Adolfs in unmittelbarer Nähe des von kaiserlichen Truppen besetzten Greifswald hat also immerhin knapp 200 Jahre gedauert. Sie war eine Phase relativ ruhiger Existenz unter wissenschaftsfreundlichen, in Greifswald beliebten Königen, denen jeder Gedanke an nationalistische Tendenzen völlig fremd war[31)].
Der noch sehr junge deutsche Nationalismus, der sich an dem Elend der Zeit nach dem langen Kriege und der Erinnerung an die begangenen Greueltaten entzündet hatte, wandte sich zunächst unterschiedslos gegen alles „Fremde" oder überhöhte dessen Wert leicht. Übersehen wurde dabei, daß z.B. „die Schweden" im Verlauf des grausigen Gemischs aus Krieg, Hunger und Seuchen, nach dem Tode Gustav Adolfs, sich mit fortschreitender französisch-schwedischer Bündnispolitik zu einer Rotte marodierender Halunken aus halb Europa ohne meßbaren schwedischen Anteil verändert hatten. Er richtete sich auf an den Erfolgen des brandenburgisch-schwedischen Krieges, am Wirken des deutschen Nationalheros Friedrich II. von Preußen und an den „Heldentaten" der gerade beendeten napoleonischen Kriege.
Die beiden Universitätsstädte Königsberg (1544) und Dorpat (1632, Wiederbelebung 1802) waren zwar typische Kaufmanns- und Handelsstädte auf dem Hansaweg nach Nordosten, aber zu weit entfernt, Dorpat überdies staatsrechtlich und inzwischen auch strukturell auf dem Wege zur endgültigen Russifizierung.

5. Die universitäre Situation im ehemals hansischen Ostseeraum aus lübeckischer und hamburgischer staatlicher Sicht im 19. Jahrhundert.

Von Lübeck aus gesehen war im deutschen Ostseeküstenbereich um 1815/16 die Lage der Hohen Schulen sehr ungünstig.
In Mecklenburg war Rostock zwar intakt und auch nicht mehr mit Bützow geteilt, doch konnten die Zeitgenossen die Dauer der Erholung nicht voraussehen; für Greifswald in Pommern noch weniger, hatte man doch dort anstelle des fremden, aber hochangesehenen und beliebten schwedischen Landesherrn zunächst die keineswegs – wegen ihrer Expansionspolitik und ihrer Umgangsformen mit der Universität Kiel – beliebten dänischen Behörden ante portas (s. a. Anm. 20). Die Universität Frankfurt an der Oder war vor kurzem erloschen (bzw. mit Breslau zusammengelegt) und Königsberg war von Lübeck zu weit entfernt, um – außer für Einzelne – als Universität attraktiv zu sein.
Im Deutschen Bund spielte Lübeck als kleinster der drei Freien Hansestaaten im Augenblick eine nebensächliche Rolle, was sich aber von jetzt an wieder zum Besseren wenden konnte: es war freier Staat im Deutschen Bund und von anerkannter internationaler Neutralität.
Dazu kam sein erheblicher Ansehensbonus aus seiner großen Rolle in der Hansezeit, als es das unbestrittene Haupt insbesondere des Kreises der „wendischen und sächsischen" Städte war. Was also lag näher, als die einmalige historische Gelegenheit zu ergreifen: Am Ende einer durch Not und Elend gezeichneten Epoche bot sich die für ein solch großes Vorhaben günstige geotopographische und politische Lage, kombiniert mit der augenblicklichen Situation geradezu an, die Gründung einer „Stadtuniversität" zu realisieren und damit das im späten Mittelalter Versäumte zur Zeit des auf lange Sicht bevorstehenden, wenigstens erhofften allgemeinen geistigen und materiellen Aufschwungs nachzuholen.
Man konnte damals nicht ahnen, daß durch weiter unten zu untersuchende Gründe noch einmal mehr als einhundert Jahre vergehen mußten, bis es schließlich doch gelang, eine erste universitäre Einrichtung als Vorstufe zur Universität in Lübeck aufzubauen.
Wir meinen, daß die nun anhebende und für Lübeck erst mit der Reichsgründung – wegen des Fortfalls aller aktuellen Motive – zunächst beendete Entwicklung der Hochschuldebatte der beiden von jeher befreundeten und benachbarten Schwesterstädte Hamburg und Lübeck gemeinsam betrachtet werden sollte. Auch in Hamburg hatte es bisher keine Universität gegeben; das Schicksal der Stadt war während der Besetzung durch die napoleonischen Truppen mit dem Lübecks ebenso vergleichbar wie seine Zugehörigkeit zum französischen Kaiserreich bis 1815. Die Erholung Hamburgs war anfangs ähnlich langsam und mühselig wie diejenige Lübecks, ja, Hamburg erlitt die schwersten Schäden erst, als das Ende des Krieges und sein Ergebnis schon offenbar waren. Später aber verhalf die günstige Welt- und handelspolitische Lage mit der sich wiederum daraus ergebenden Weltoffenheit der Bevölkerung der Freien Stadt, trotz der Katastrophe des großen Brandes von 1842, zu einem erstaunlichen Wiederaufstieg, einem kleinen „Wirtschaftswunder".
Aus dem für Hamburg wesentlich günstigeren handelspolitisch-topographischen Standort und der mit diesem unmittelbar verbundenen Entwicklungsepoche ergab sich zunehmend und seit längerem der immer auffälliger werdende Größenunterschied der beiden Städte. Hier lag die hauptsächliche Differenz zwischen ihnen; mehr

also noch im Quantitativen, das vorläufig durch seine ständige Häufung noch nicht zum qualitativen Sprung, zur Änderung des Lebensstiles, geführt hatte.
Erst 1847 berichtet Dahlmann, daß schon 1827 Niebuhr ihm eine Anregung zur Gründung einer Universität in Hamburg gegeben habe[32)]!
Die Gespräche in beiden Städten und im Zuge des zunehmenden allgemeinen Bildungsinteresses auch im ganzen Land verdichteten sich schnell, bis der damalige Hamburger Ratssyndikus Karl Sieveking* seinem Lübecker Kollegen Curtius brieflich und offiziell vorschlagen konnte, in Lübeck eine „Hanseatische Universität" zu gründen, die er durch Säkularisation einiger der reichen Lübecker Stiftungen zu finanzieren gedachte (1843). Für Hamburg plante er eine „kosmopolitische Universität", um den nationalen Gedanken vor einer Provinzialisierung zu schützen, während er in seinen Vorstellungen dem kleineren Lübeck, entsprechend seiner Lage und Tradition, den alten Hanseweg nach Norden und Nordosten – Skandinavien, Finnland und Rußland – sozusagen zuwies.
Zur gleichen Zeit orientierte er seinen Lübecker Kollegen über die Möglichkeit der Errichtung einer russischen Freihandelszone mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen, auch der wünschenswerten Konkurrenz gegenüber Preußen. Im Schriftwechsel hat Sieveking die junge Berliner Universität als zunehmend „borussisch" bezeichnet.
In Lübeck aber hatte sich die Situation inzwischen unter dem Druck von Armut durch Schulden, fehlender Investitionsmittel und der ewigen dänischen Querelen halber von stilvoller „biedermeierlicher" Kultur und Tradition zu einem stilarmen, konservativen Pseudoliberalismus provinziellen Charakters gewandelt, wodurch die reichlich vorhandene geistige Elite nur eben zur Kenntnis, aber – weil störend – kaum in Gebrauch genommen wurde oder abwanderte.
Der Gedanke, einige der in älteren Zeiten so segensreichen und damals vorbildlichen „Sozialen Stiftungen" zu säkularisieren, um mit ihren Einkünften „Professoren zu bezahlen", muß dem Lübecker (Klein-)Bürger – in Konkurs gegangen oder auf andere Weise verarmt, sich mit aller verbliebener Kraft an die in der Erinnerung immer glänzender und ruhmvoller sich darstellenden Vergangenheit klammernd – als Sakrileg erschienen sein.
Bei kaufmännisch-realistischer Betrachtung der Lage war Preußens Motto nach der Katastrophe von 1806 „die verlorenen materiellen Werte durch geistige zu ersetzen" (Sievekings Anregung für Lübeck) zwar uneingeschränkt zu bewundern, es war auf Preußen auch anwendbar, nicht aber auf eine „Handelsstadt" wie Lübeck.
Diese Rechnung war Sieveking natürlich bekannt, so daß er seine Hamburger Universität weniger mit Edelmut als mit den Überschüssen einer staatlichen Notenbank – in die er die Hamburger Bank umzuwandeln plante – finanzieren wollte.
Weitsichtige Bürger, dem Gedanken einer Lübecker Universitätsgründung sehr aufgeschlossen gegenüberstehend, haben damals versucht, der Bürgerschaft die Universität als potentiellen bedeutenden Wirtschaftsfaktor nahezubringen. Dies war ein Argument, dessen Richtigkeit sich schon wenige Jahrzehnte später an vielen Orten erweisen sollte, nur leider nicht in den beiden Hansestädten! Hier war die

---

* S. a. Lit.-Verz. Sieveking, H., Der hamburgische Syndikus Karl Sieveking (1787–1847). hansische Geschichtsblätter XIII, S. 378/79) und: Sieveking, H., Hansische Handelspolitik unter dem Deutschen Bunde (Hansische Geschichtsblätter XXVII, S. 110)

republikanische Struktur der Stadtregierung und der demokratische Gedanke schon im „Vormärz", erst recht danach, so weit entwickelt, daß es noch nicht genug Menschen in den beschließenden Gremien gab, die das nötige vorausschauende Denkvermögen mit genügender Ideologiearmut und Illusionsfreiheit verbanden[33)].
So konnte in Hamburg die Universität erst nach den Erschütterungen des 1. Weltkrieges 1919, nach insgesamt mehr als 70jähriger, kaum jemals unterbrochener Diskussion gegründet werden, während in Lübeck – wie wir gesehen haben – Erwägungen dieser Art bis in scholastische und vorreformatorische Zeiten zurückreichen.
Die Ereignisse im 2. Weltkrieg mit der Zerstörung von Lübecks mittelalterlichem Kern durch den Luftangriff in der Palmsonntagnacht 1942 haben die wehrlose Stadt genauso überraschend getroffen wie der anfangs geschilderte Überfall von 1806 durch napoleonische Truppen, der in letzter Konsequenz die Lübecker Hochschuldebatte im 19. Jahrhundert auslöste.
Die Überschwemmung der Stadt mit Flüchtenden am Ende dieses Krieges hat sie neu aufleben lassen.
In der teilzerstörten Stadt, in welcher zu diesem Zeitpunkt etwa jeder dritte Deutsche als Flüchtling oder Vertriebener aus den deutschen Ostgebieten stammte und in der noch weitere 40 000 displaced persons lebten, stieg im Verlauf weniger Wochen die Einwohnerzahl von etwa 160 000 auf 280 000, mit Patienten und Personal der Lazarette und anderer kriegsbedingter Sondereinrichtungen auf beinahe 300 000 an, denn Lübeck war Lazarettstadt und Rot-Kreuz-Nachschub- und Versorgungshafen geworden.
Die segensreiche Tat, diese Einrichtungen geschaffen zu haben, ist dem damaligen Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes und späteren Ehrenbürger Lübecks, dem Schweizer Historiker und Politiker Professor Carl Jakob Burckhardt zu danken, demselben Manne, der vorher als letzter Hochkommissar des Völkerbundes die Geschicke der durch den Versailler Vertrag aus dem Verband des Deutschen Reiches herausgelösten, nunmehr „Freien Stadt Danzig" geleitet hatte.
Danzig, seit 1308 größte Stadt des Deutschen-Ordensstaates, seit 1361 Mitglied der Hanse, hatte sich während des Zwischenspiels 1920–1939 im Jahre 1935 eine „Medizinische Akademie" nach Art der in den 20er Jahren aus einer ärztlichen Fortbildungsakademie entstandenen Düsseldorfer Medizinischen Akademie geschaffen. Sie war nach der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee untergegangen.
Nach Lübeck waren 1944/45 relativ viele Danziger evakuiert, vertrieben worden oder geflüchtet. Städter fliehen – wenn sie können – in Städte; um so eher wenden sich Hanseaten aus einer alten und berühmten Hansestadt zu ihrer aller Mutter – nach Lübeck, das zudem auf ihrem Fluchtweg lag. Dorthin bestanden alte familiäre oder Sippenbindungen, deren man sich wieder erinnerte und wo man gleichen oder ähnlichen Lebensstil anzutreffen nicht nur hoffte, sondern dessen sicher war.
Was Wunder, daß die Überlebenden der Katastrophe und der Flucht ihren „Tag der Danziger" im Jahre 1951 nach Lübeck einberiefen? Hier wurden sie herzlich empfangen und konnten versuchen, sich wiederzufinden und zusammenzuschließen, wie dies auch die vielen anderen Vertriebenengruppen getan haben.
Die Begrüßungsansprache seitens der Stadt Lübeck hielt der damalige 2. Bürgermeister und amtierende Schulsenator von Lübeck, Dr. jur. Helmut Lemke. Er hat – sinngemäß – unter großem Applaus den Danzigern vorgetragen, daß Lübeck, falls es in näherer Zukunft gelingen sollte, den unbedingt notwendigen Neu-, Auf- und Ausbau

der Lübecker städtischen Krankenhäuser Süd/Ost in Angriff zu nehmen, diesen eine wissenschaftliche Anstalt universitären Ranges für medizinische Lehre und Forschung anzuschließen, so sollte diese die Tradition der Danziger Medizinischen Akademie übernehmen und pflegen.
Dies also ist die erste, in der Öffentlichkeit vorgebrachte realisierbare Empfehlung, die einmalige Gelegenheit, den unter dem Druck der Umstände nicht mehr hinauszuzögernden Krankenhausbau mit der Errichtung einer Medizinischen Akademie in Lübeck zu verbinden.
In dem ärztlichen Direktor der beiden städtischen Krankenhäuser „Süd und Ost", dem verstorbenen Internisten Prof. Dr. Karl Maria Hansen, stand von Anfang an eine besonders engagierte und sachkundige Persönlichkeit für die schwierige und heikle Aufgabe zur Verfügung, qualifizierte, „ordinariable" leitende Ärzte zu verpflichten, die ihre berufliche Könnerschaft mit Erfahrung und Geduld – auch in der Hinnahme von Enttäuschungen – und mit der Fähigkeit zur Improvisation verbinden konnten. Erleichtert wurde die Lösung des Problems dadurch, daß zunächst eine große, noch nicht ausgeschöpfte Reserve begabter, aber desillusionierter Ärzte aus den passenden Jahrgängen zur Verfügung stand.
Da Dr. Lemke eine steile und schnelle politische Karriere beschieden war – Lübecker 2. Bürgermeister und Schulsenator, Kultusminister, Innenminister, Ministerpräsident (1963–71), schließlich Landtagspräsident – konnte er jeweils fördernd, steuernd, immer wohlwollend, weitblickend und sachkundig, weiterhelfen.
Wieder war es eine gewaltige und allgemeine Erschütterung im Kollektivschicksal der Deutschen, unter deren Druck und dem Zwang zum Wiederaufbau das vom Beginn des vorigen Jahrhunderts stammende preußische Motiv: „verlorene materielle Werte durch geistige zu ersetzen" neues Gewicht erhielt. Im Auf und Ab der weiteren Entwicklung, auch der Rückschläge durch menschliche Eigenschaften wie auch mancherlei Querelen, wurden die Vorarbeiten teils gestört, zeitweise sogar gefährdet. Der Geist aber, der ideell und materiell half, den Wiederaufbau von drei fast zerstörten oder schwer beschädigten alten Großkirchen zu planen und durchzuführen, ist durchaus mit dem gleichzusetzen, der die Lübecker Bildungsanstalten fördert und pflegt.
Auf welchen Vorgaben und Grundlagen – auch den tragischen – man aufbaute, wie die Medizinische Akademie (die MAL) im Herbst 1964 gegründet wurde – ein Provisorium, versteht sich – und wie es dann weiterging, immer mit dem alten, noch nicht erreichten, aber nähergerückten Ziel der „Hanseatischen Universität" vor Augen, wird ein weiteres Kapitel berichten!

6. Anmerkungen

Anmerkung 1

Die Gründung dieser Gesellschaft ist zur Hauptsache das Verdienst des damals 37jährigen Assessors und Sekretärs des Domkapitels, Dr. jur. Ludwig Suhl. Sie hat durch ihre, aus der alleinigen Initiative ihrer Mitglieder geschaffenen – im ureigensten Sinne sozialen – Einrichtungen, die zum größten Teil später, weil bewährt und inzwischen unentbehrlich, in die öffentliche Hand übergingen, einen bis heute sehr großen Einfluß auf die Entwicklung der Stadtrepublik ausgeübt; ein Gleiches gilt für den Anteil der Gesellschaft am Wiederaufbau der teilzerstörten, von Flüchtlingen überfüllten Provinzstadt am Ende des 2. Weltkrieges.
Sie ist trotzdem zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte zu einer „Nebenregierung" geworden, wie dies z.B. beim Domkapitel zeitweise der Fall zu werden schien. Es ist des weiteren offenbar, daß der Ausbruch der französischen Revolution und die Gründung der Gesellschaft zwar zufällig zeitlich zusammenfielen, im übrigen ursächliche Zusammenhänge nur indirekt über den „Zeitgeist" konstruierbar sind.

Anmerkung 2

Der Kassarezeß vom 26. 7. 1665 brachte mit tätiger Hilfe einer kaiserlichen Kommission die Zusammenlegung der Kämmerei und der vielen unübersichtlichen Behördenkassen zur „Stadtkasse", mit Teilnahme der Bürgerschaft an deren Verwaltung. Jedes der 12 Bürgerkollegien stellte 2 Personen, dazu kamen 2 Mitglieder des Rats, insgesamt also 26 Personen. Die erzielten Erfolge beim Aufbau einer den Zeitläufen angepaßten Demokratie auf republikanischer Basis wurden – wiederum mit kaiserlicher Hilfe – in langen Verhandlungen weiterentwickelt.
Der Bürgerrezeß vom 9. 1. 1669 beschränkte die Personenzahl des Rats auf 4 Bürgermeister (3 Juristen und 1 Kaufmann) und 16 Senatoren (je 3 Mitglieder der Zirkelgesellschaft und der Kaufleutekompagnie – vereinfachend also „die Patrizier"), 8 Personen aus den übrigen kaufmännischen Kollegien und 2 Juristen.
Das Selbstergänzungsrecht des Senats wurde zwar nicht abgeschafft, jedoch weitgehend eingeschränkt, da nicht nur – wie bisher – keine Brüder, sondern nunmehr auch keine Vettern, Schwäger, Schwiegerväter und Schwiegersöhne – also die Vertreter der engeren Sippe – gleichzeitig im Rat sitzen durften. Die Exekutive blieb dem Rat allein, das Gesetzgebungsrecht wurde zwischen Rat und Bürgerschaft geteilt. Letztere setzte sich zusammen aus 7 kaufmännischen Kollegien (Zirkelgesellschaft, Kaufleutekompagnie, Bergen-, Nowgorod-, Riga-, Schonen- und Stockholm-

fahrer), vier weiteren Kollegien der Gewerbetreibenden (Gewandschneider, Krämer, Brauer und Schiffer) sowie dem großen Kollegium der Ämter, d.h. der organisierten, mit Ämterrollen (= Zunftordnungen) versehenen Handwerker. Insgesamt 60–70 kleine Ämter waren jeweils einem der großen (Bäcker, Schneider, Schuster, Schmiede) zugeteilt; z.B. das Amt der Chirurgen und Barbiere dem Hauptamt der Schmiede. Bezüglich der Ratszusammensetzung hatte ein kaiserliches Rescript von 1670 die einschränkenden Bestimmungen für die beiden patrizischen Gesellschaften wieder aufgehoben. Da aber z.B. die Zirkelgesellschaft sich nicht durch die Aufnahme weiterer Familien erneuern durfte, blieb sie auf 6 Familien beschränkt, von denen 4 erloschen oder auswanderten (z.B. Warendorp), so daß nur Wickede und Brömse übrigblieben. So war diese Gesellschaft niemals mehr fähig, die ihr zustehenden 3 Ratsherrensitze auszufüllen.

Anmerkung 3

Andere Notzeiten in der jüngeren Geschichte der Stadt (vor dem 19. Jahrhundert), welche Lübeck nach dem 30jährigen und dem schwedisch-dänischen Kriege durchgemacht hat, lassen sich in ihrem Ausmaß mit der Katastrophe von 1806 nicht vergleichen. Neben den Erschwernissen durch durchziehende oder im Winterquartier liegende fremde Truppen mußten Ablösungs- und Bestechungsgelder aufgebracht und vor allem auch die Mittel für den Bau und die Erhaltung der gewaltigen Stadtbefestigung bereitgestellt werden, was damals zu erheblicher Verschuldung der Stadt führte. Diese hat aber ihre Neutralität – mit gefletschten Zähnen – bewahren und sich in der Folge mit eigener Kraft schnell wieder erholen können. So ist ihr ein grausiges Schicksal wie z.B. das von Magdeburg erspart geblieben, welches nach der Eroberung durch Tilly (1631) etwa ⅔ seiner Einwohner (ca. 20 000 von rund 30 000) durch Mord und Brand verlor.

Anmerkung 4

Der „Definitivfrieden" von Amiens (27. 3. 1802) hatte den „Reichsdeputationshauptschluß" vom 25. 2. 1803 mit der Erklärung der ständigen Neutralität der Hansestädte Bremen, Hamburg, Lübeck, die nicht mediatisiert wurden, zur Folge. Daraufhin begann man mit der Entfestigung Lübecks und mit dem Totalverkauf der gesamten Artillerie, von der allerdings berichtet wird, daß sie veraltet gewesen sei und von zweifelhaftem, eher nur demonstrativ-militärischem Wert.

Anmerkung 5

Das persönliche Schicksal des Matthäus Rodde (Bürgermeister von 1807–1810) beleuchtet die Ereignisse an einem Einzelbeispiel deutlich: Rodde, weithin bekannt und angesehen, hat sich als damals wohl reichster Bürger der reichen Republik in der schweren Not als 5. – also nicht verfassungsmäßiger – Bürgermeister seiner Vaterstadt mit seinem eigenen weitreichenden, internationalen Kredit zur Verfügung gestellt. Er hatte schon in den Jahren vor 1806 als Senator zweimal – offenbar erfolgreich – in Paris die Lübecker Interessen vertreten.
Nun wurde er 1807 zu dem in Berlin weilenden französischen Kaiser entsandt und benötigte dazu die Bürgermeisterwürde, da ohne diese zu befürchten stand, daß der – wegen seiner Eitelkeit bekannte Diktator mit den Gefühlen eines Parvenues – einen einfachen hanseatischen Senator nicht empfangen hätte. Die Mission blieb ohne Erfolg und die Millionenverluste an Kriegskontributionen, Bestechungs-, Ablösungs- und willkürlich verhängten Bußgeldern trieben Rodde 1810 in Bankrott. Bei der Abrechnung stellte sich heraus, daß er selber an die Stadt verschuldet war.
Er, der ohnehin früh Gealterte, war von nun an ein gebrochener, ständig sein Unglück beklagender, für seine Umwelt schwer erträglicher Mann.
Seine Ehefrau (in 2. Ehe) war die berühmte Dorothea, geb. Schlözer, als erster weiblicher Dr. phil. (im Alter von 17 Jahren am 25. 8. 1787) an der Universität zu Göttingen promoviert. Sie war eine Tochter des seinerzeit sehr bekannten Historikers Schlözer: schön, hochgebildet, geistreich, jedoch kein Blaustrumpf und freundschaftlich eng verbunden mit dem französischen Emigranten, Germanisten und Germanophilen, späteren Göttinger Professor, Charles de Villers*. Durch ihn hatte die Frau Bürgermeisterin Rodde anläßlich der Lübecker Gesandtschaft nach Paris (1804), auf der sie ihren Mann begleitete, den damals sich wegen eines Zerwürfnisses mit Napoleon zeitweilig ohne Amt befindenden Bernadotte kennengelernt.
Bei der Erstürmung von Lübeck kommandierte Bernadotte eines der drei französischen Corps und wohnte im Roddeschen Hause in der Breiten Straße; dieses war zuvor von Villers mit französischen Schimpfworten, Säbel und Kokarde erfolgreich gegen plündernde Soldaten als Marschallsquartier verteidigt worden, während der Rat mit den Bürgermeistern vollzählig im Rathaus versammelt war. Bernadotte hat damals alles in seiner Kraft stehende getan, um noch größeres Unheil von der Stadt abzuwenden und die mordenden Plünderer zu redisziplinieren; 7 Jahre später hat derselbe Mann die Stadt von den Franzosen wieder befreit. Doch nicht mehr als kaiserlich französischer Marschall, sondern als Kronprinz von Schweden.

---

* Charles de Villers hatte seinerseits Verbindung zu Md. de Staël, geb. Necker (literarische Hauptgegnerin Napoleons I.), der Frau des schwedischen Gesandten in Paris, Baron Staël-Holstein, sowie zu deren Haupttrabanten, Henry-Benjamin Constant de Rebeque. Letzterer gehörte der liberalen Opposition im Kaiserreich an, legte im 100-Tage-Regime die „acte additionel“ als liberalisierenden Kompromißvorschlag vor und führte nach Napoleons endgültigem Sturz die liberale Partei der „Unabhängigen“.

Anmerkung 6

Die politischen Ereignisse der Zeit, insbesondere die Abtretung der gesamten linksrheinischen Gebiete an Frankreich im Frieden von Lunéville (9. 2. 1801) haben zu einem Überwechseln der alten, fast möchte man sagen „macht- und traditionsbewußten“ Mitglieder der Räuberbanden (Moselbande, Bande des Schinderhannes, brabanter-, holländische-, mersener usw. Bande) über die neue Grenze auf das rechte Rheinufer geführt, nachdem die schnell straff zentralisierte französische Verwaltung ihnen den Boden – linksrheinisch – zu heiß werden ließ. Von hier aus verbreiteten sie sich immer weiter nach Osten überall dorthin, wo politisch-soziale Unruhe, Obrigkeitsveränderungen usw. ihnen bessere Möglichkeiten boten. Im Norden erfolgte ihre Ausbreitung über Hamburg, Holstein, Lübeck, Mecklenburg bis nach Pommern hinein. Die Gauner benutzten u.a. auch politische Tarnung mit gängigen Schlagworten und verstanden es, die Naivität der Ungebildeten wie diejenige schwärmerischer Mitglieder der Intellektuellen in der „Gesellschaft“ mit ihrer seltsamen Mischung aus Aufklärung und Romantik ausnutzend, sich mit der Mär vom „edlen Räuber, der dem Reichen nimmt, um dem Armen zu geben“ hinter einem Heer von Sympathisanten zu verstecken.
Die Rekrutierung der Bandenmitglieder erfolgte für die untergeordneten Aufgaben fast immer an Ort und Stelle des geplanten Unternehmens aus dem stets vorhandenen Arsenal abenteuer- und tatendurstiger junger Leute von geringer Intelligenz und Bildung. Die unmittelbaren Befehlsempfänger der Bandenspitze waren meist hartgesottene Schwerkriminelle, die Bandenchefs nicht selten intelligente und belesene Abkömmlinge der „höheren Stände“, die in typisch spätpubertärer prahlerischer Haltung mit Revoluzzergehabe und -arroganz, getrieben von Geltungssucht, sich als Helden fühlten.
So konnte jahrzehntelang ein sehr kleiner, aber beweglicher Kreis die friedliche Bevölkerung weiter Gebiete beunruhigen.

Anmerkung 7

Dazu gehört auch der Ausdruck des bürgerlichen Lebens als „Biedermeier“, „jener vormärzsündflutlichen Zeiten..., wo Teutschland noch im Schatten kühler Sauerkrauttöpfe gemütlich aß ..., und das Übrige Gott und dem Bundestage anheimstellte“. Der große, heute noch bekannte Arzt und Hochschullehrer Adolf Kußmaul hat zusammen mit seinem Freunde Ludwig Eichrodt in seinen jungen Jahren in den „Fliegenden Blättern“ parodistische Geschichten mit dem Pseudonym des schwäbischen Schulmeisters „Gottlieb Biedermeier“ herausgegeben. So wurde in jugendlich-arrogantem Übermut der nächstfolgenden Generation eine ganze Epoche, die Zeit der Erholung nach der Erschöpfung, zum „Vormärz“ herabstilisiert, obwohl sich im Biedermeier schon alle Kräfte zu regen begonnen hatten, sich sammelten und formierten, welche dann für das 19. Jahrhundert bestimmend geworden sind.

Anmerkung 8

Demographische Unterlagen mit Analysemöglichkeiten für z.B. sozialhygienische Interpretationen kann man somit erst von dem Augenblick an erwarten, als es einen in diesem Sinne modernen Stadtstaat Lübeck mit einigermaßen stabilen politischen Grenzen und der Möglichkeit der Abtrennung städtisch-lübischen (Privat-)Besitzes innerhalb der Hoheitsgrenzen z.B. von Mecklenburg bzw. zunächst von Dänemark, später von Preußen/Lauenburg/Holstein und Schleswig sowie Oldenburg (Old.) gab. Dieser Zustand war nach der Ratifikation der Schlußakte des Wiener Kongresses (8. 6. 1815) ungefähr erreicht.
Eine mit großer Wahrscheinlichkeit zutreffende Schätzung der Größe der hinter den Wällen wohnenden Stadtbevölkerung ist im Deutschen Städtebuch (DSB) I, 419 verzeichnet; danach nahm die Lübecker Bevölkerung – wohl insbesondere durch Flüchtlinge – im 30jährigen Krieg von > 22 000 auf > 31 000 (also um > als ⅓) zu, ein Vorgang, der auch für Hamburg und Bremen zutrifft. Ein erneuter Rückgang ist gegen 1662 auf ca. 26 600 Einwohner zu verzeichnen (im Zusammenhang mit dem 1. Nordischen Krieg 1655–60).

Anmerkung 9

Die Zählung wurde veranstaltet zur Aushebung einer Halbkompanie (59 Mann) Küstenwache für die Travemünder Batterie.
Lübeckische Anzeigen vom 3. 7. 1811, Nr. 53, S. 2: Tableau de population de la ville et banlieue et de Canton rural de Lubeck, pour servir à l'organisation d'une demie Companie de gardes-côtes.
„Tant de bruit pour une omelette!"

Anmerkung 10

Die Differenz von 476 Menschen setzt sich aus 168 nur einige Zeit in der Stadt weilenden Fremden und 308 Juden zusammen. Für beide Gruppen ist eine Geschlechtsangabe nicht auffindbar.

Anmerkung 13

Die bisher genannten Zahlen haben vor allem deshalb ihre Schwächen, weil sie noch nicht auf den reichseinheitlichen Richtlinien fußen und – was bezüglich der auswertbaren Ergebnisse noch wesentlich schwerer wiegt – weil die gegenüber heute nicht nur numerisch, sondern auch prinzipiell erheblich höhere Sterblichkeit im Spiel- und Schulkindalter aus den Zahlen für die Gesamtsterblichkeit nicht herauslösbar ist. Dadurch aber wird es unmöglich, die Größe des Bevölkerungsanteils festzustellen, der schon vor Erreichen des fortpflanzungsfähigen Alters wieder verlorenging. Unterlagen über die „Fruchtbarkeit" der Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren, welche die oben aufgeworfenen, mit vielen anderen zusammenhängenden sozialhygienischen Fragen beantworten könnten, sind indirekt mit ausreichender Genauigkeit und mit der entsprechenden Geduld für Lübeck, dem kleinen, aber staatlich strukturierten Gemeinwesen wahrscheinlich aufzufinden, stehen aber noch nicht zur Verfügung.

Anmerkung 14

An der kleinen Tabelle fällt auf, daß in den jungen, wie Pilze aus der Erde schießenden Industriestädten, die sich meist aus „ineinanderzerlaufenen" oft sehr alten kleinen Städten und Dörfern zu Bergbau- und neuen Industriestädten entwickelten – die später wieder ineinanderflossen – die eingewanderte „Gastarbeiterbevölkerung" sich anders verhielt als die Stammbevölkerung. Die Zuwanderer im Ruhrgebiet z.B. waren keine „Wanderarbeiter", sondern osteuropäische Auswanderer, meist aus Polen und der Ukraine, die, am Ziel angekommen, großenteils wieder seßhaft wurden. Sie behielten zunächst ihre Lebensgewohnheiten und Familien- bzw. Sippenverhaltensweisen in der neuen Heimat bei, so auch die Schwangerschaftsfrequenz ihrer Frauen, und glichen sich erst in ihrer 2. bzw. 3. Generation auch in der Kinderzahl der Ehen der nun nicht mehr fremden städtischen Umwelt an. Die Parallelen zur Gegenwart sind beeindruckend!

Anmerkung 15

Die uralte Sitte oder das Wissen um die Möglichkeit, die Mutter durch eine Amme vertreten zu lassen, stammt vermutlich aus den Anfängen der Menschheit überhaupt und hat in allen Kulturen eine Rolle gespielt, denn bei Krankheit oder Stillunvermögen war die Ammenmilch die einzige Rettungsmöglichkeit für den Säugling, auch bei Tod der Mutter im Kindbett; in Großfamilien ist das Problem leichter lösbar, weil praktisch immer eine der jungen Frauen laktiert und ein weiteres Kind mit ernährt werden kann. Später, parallel zur Bildung des wohlhabenden Mittelstandes in der mittelalterlichen

Stadt entwickelte sich das Ammenwesen vielerorts zu einem sozialen Unwesen, weil in zunehmendem Maße stillfähige Mütter, nach der Sitte ihres Standes, unterstützt durch Mode, individuelle Eitelkeit, Bequemlichkeit und Egoismus ihre Kinder durch Ammen aus der armen Bevölkerung stillen ließen, deren eigene Kinder dann oft mit Mehlbrei „ernährt" wurden. Die schon alten Bemühungen, Kleinstkinder künstlich zu ernähren, waren bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts an der Schwierigkeit gescheitert, das saugende Kind – den Säugling – ohne Muttermilch zu füttern. Als in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts der in England erfundene Gummisauger aufkam, war dieser Damm gebrochen.

Anmerkung 16

In letzter Übertreibung dieser vor 100 Jahren in Europa herrschenden Situation sehen wir Heutigen die Slums in den Mammutstädten der sogenannten Entwicklungsländer. Folge: die daraus resultierende Erhöhung der Säuglingssterblichkeit wurde weiter verstärkt oder, wenn das Leben erhalten blieb, eine der Grundlagen für z.B. Tuberkulose und durch die frühkindliche Deprivation für Antisozialität gelegt. Dadurch differenzierte sich die Sterblichkeit immer mehr nach Sozialklassen, mit allen Folgen auf individuellem und kollektivem Gebiet.

Anmerkung 17

Die Säuglingssterblichkeit der nichtehelichen Kinder war immer und ist auch heute noch deutlich, z.T. wesentlich höher als diejenige der ehelich Geborenen. Im Durchschnitt der letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zum Beginn des ersten Weltkrieges lag in Lübeck die Sterblichkeit nichtehelich geborener Säuglinge – wie überall – eineinhalb bis zweieinhalb Mal höher als diejenige der ehelich geborenen Kinder.

Selbst heute noch ist eine Differenz zwischen ehelich und nichtehelich bei der Säuglingssterblichkeit festzustellen, obwohl von einer Verketzerung und Ächtung der unehelichen Geburt derzeit wohl kaum mehr geredet werden darf. In Wahrheit wächst sich bei allen Kleinkindern, gleichgültig, ob ehelich oder nicht, Vernachlässigung in ihrer Pflege, die zur frühkindlichen Deprivation in allen ihren Spielarten und Schweregraden führt, verheerend aus. Der Unterschied bei der Säuglingssterblichkeit ist ein gradueller; sein Verschwinden würde nur bedeuten, daß sich die gleichen Probleme auf andere Arten sozialer Gruppen verlagern, die nicht so einfach statistisch zu erfassen sind.

Die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland betrug 1976 in ‰ insgesamt 17,4; bei ehelich geborenen Jungen 19,0; bei nichtehelich geborenen Jungen 30,6.

Bei Mädchen, wie üblich, günstiger, nämlich: ehelich geborene 14,5‰, nichtehelich geborene 23,7‰.
Es haben also inzwischen sehr günstige quantitative Änderungen bis zur Größe einer ganzen Zehnerpotenz und mehr stattgefunden, aber am Prinzip der Benachteiligung des nichtehelichen, d.h. des vorab deprivierten Kindes hat sich nichts geändert. Die schon im ersten Lebensjahr zum Tode führende frühkindliche Deprivation als Beweis für eine Vernachlässigung der physischen und psychischen Pflege des hilflosen Säuglings ist der Ausdruck der schwersten denkbaren Schädigung, da sie mit dem Leben nicht vereinbar ist. Es wird mit der Zeit sicher gelingen, hier eine Besserung zu erzielen.
Das Problem der seelischen Schädigung durch Einsamkeit, Mangel an Zuneigung und Bindung in der intakten Familie bleibt erhalten, wird sogar wegen der „Überlebenden" noch größer werden.

Anmerkung 18

Dieser Austauschvertrag von 1773 ist ein typisches Beispiel für politische Eingriffe in der Zeit des Spätabsolutismus. Unter ihm war es möglich, Landesteile, auch wenn diese zum Gebiet des Deutschen Reiches gehörten, durch Staatsverträge mit neuen Landesherren zu versehen; auf diese Weise wurde der gottorpisch-russische Anteil am Herzogtum Holstein – jetzt Großfürstentum Kiel genannt – an Dänemark abgetreten, welches dafür Gebiete von Oldenburg und Delmenhorst eintauschte (jüngere Gottorper Linie – Fürstbischöfe von Lübeck-Eutin).
Der politischen Gründe und Triebfedern gab es viele; Dänemark wurde die Gottorper, deren schleswigsche Anteile es sowieso schon okkupiert hatte, nun auch im Raum des Herzogtums Holstein los. Damit aber auch gleichzeitig die mächtige und gefährliche Zarin Katharina II., die für ihren minderjährigen Sohn Paul (als designiertem Nachfolger auf dem Zarenthron) Regentin des gottorpisch-russischen Anteils von Holstein war.
Ihr Ehemann, Prinz Peter Ulrich, entstammte der Ehe des Herzogs Karl Friedrich von Holstein-Gottorp mit Anna, der ältesten Tochter des Zaren Peter I.
Als Großfürst wurde dieser auf Empfehlung Friedrichs II. von Preußen mit der Prinzessin Sophia Auguste von Anhalt-Zerbst vermählt, die als Großfürstin den Namen Katharina erhielt. Nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth bestieg er als Zar Peter III. den russischen Thron; im gleichen Jahr wurde er bei einer Verschwörung gestürzt und kurze Zeit später ermordet. Seine Gemahlin wurde seine Nachfolgerin als Katharina II. Sie fühlte und dachte immer und gleichzeitig – obwohl sie Kaiserin von Rußland war – als deutsche Prinzessin und Tochter des preußischen Generalfeldmarschalls Fürst August von Anhalt-Zerbst, der Gouverneur von Stettin war, wo Katharina geboren wurde.

Sie hat der Universität Kiel sehr viel Unterstützung und Hilfe zuteil werden lassen und die Universität selbst einmal als das „Kleinod der holsteinischen Lande" bezeichnet. Die Verbindung mit dem Zarenhaus brachte der Universität kurz nach ihrem 200jährigen Geburtstag von deren bisher traurigsten Tiefstand aus eine neue Blütenpracht mit dem Neubau des Universitätsgebäudes, einer schnellen Zunahme der Studentenzahlen und einem sehr wirksamen Revierement innerhalb des Professorenkollegiums.
War die Gottorpsche Mini-Universität praktisch nicht mehr lebensfähig gewesen, weil alle Mittel, sie zu erhalten und zu modernisieren, fehlten, so war diese Notlage nunmehr vorbei. Die dänische Politik war in dieser Zeit sehr geschickt und verstand es ohne jede internationale Verwicklung die territorialen Verhältnisse im Lande in ihrem Sinne günstiger zu gestalten. Die mächtige Teil-Mitregierung durch Rußland wurde ausgeschaltet und mit Merkantilismus, der zunehmend in Liberalismus überging – bis auf die kurze Ära Struensee – gelang es, die wirtschaftliche Lage des Landes erheblich zu verbessern, eine lange Friedenszeit zu erhalten und eine neue Staatsdoktrin aufzustellen, die zunächst Erfolg hatte. Bei der Vorbereitung des Austauschvertrages waren auch Deutsche, z.B. Kaspar von Saldern und als Kurator der Universität Geheimrat Wolff, beides Mitglieder des Regentschaftsrates, an führender Stelle tätig. So sprach man zunehmend vom „Gesamtstaat", dem mehrere Nationen angehörten: Isländer, Norweger, Deutsche und Dänen, wobei es damals noch niemanden störte, daß der dänische König für das Herzogtum Holstein ein Souverän im Deutschen Reiche war. Damit war, dies sei nur am Rande erwähnt, die im 13. Jahrhundert unterbrochene dänische Expansion nach Süden im Lauf der Zeit um ein weiteres wichtiges Stück vorangekommen.

Anmerkung 19

Was aus dieser – wie wir klugen Heutigen wissen – verfehlten Politik des Kopenhagener Kabinetts an Folgen entstand, läßt sich gut damit darstellen, daß noch im Jahre 1813 nach der Schlacht bei Leipzig, in Sehestedt Dänen und an ihrer Seite selbstverständlich auch Kieler deutsche Studenten für Napoleon gegen preußische, schwedische und russische Truppen kämpften. Es fällt dabei auf, daß zwar die Kieler Professorenschaft sich ihrer nationalen Herkunft und auch schon ihrer damit verbundenen nationalen Verpflichtung voll bewußt war, daß aber die Studentenschaft sich noch wesentlich mit dem Lande – und damit auch mit dem Königshaus in Kopenhagen – verbunden fühlte.
Nur wenige Jahre später war ein völliger Gesinnungswandel eingetreten; die Kieler Studentenschaft hat innerhalb der sich bildenden Burschenschaften im Laufe der kommenden Jahre eine große Rolle gespielt.

Anmerkung 20

Am 14. Januar 1814 wurde in Kiel zwischen Dänemark einerseits und Schweden sowie Großbritannien andererseits der Frieden beschlossen. Dänemark trat dabei dem Europäischen Kriegsbunde gegen Napoleon bei und später in gleicher Weise auch dem Deutschen Bunde. Das Nordische Staatensystem erhielt ein völlig neues Gesicht, indem Dänemark das Königreich Norwegen an Schweden, mit Ausnahme Grönlands, Islands und der Färöer, abtrat. Schweden wiederum gab das restliche, schwedisch gebliebene Vorpommern mit Rügen an Dänemark ab, wobei also Greifswald mit seiner Universität plötzlich dänisch wurde. Für das abgetretene Königreich Norwegen sollte Schweden an Dänemark 600000 schwedische Bankthaler bezahlen. Schweden trat damit aus jeder territorialen Verbindung mit Deutschland heraus und gab damit dort endgültig seine Expansion im Ostseebereich auf, wie es bis heute geblieben ist. Großbritannien gab Dänemark dessen Kolonien wieder zurück, doch behielt es die Insel Helgoland und die dänische Flotte, deren Wegnahme gelegentlich des Bombardements und der Besetzung Kopenhagens 1807 erfolgt war. Dänemark seinerseits trat mit 10 000 Mann seiner Truppen gegen Subsidien in die Nordarmee der Verbündeten unter dem Befehl des schwedischen Kronprinzen Bernadotte ein. So geschah es, daß Bernadotte als französischer Marschall 1806 an der Erstürmung Lübecks beteiligt war, und am Ende des Gesamtkrieges Lübeck als schwedischer Kronprinz wieder von den Franzosen befreite.
Ein Friedensvertrag zwischen Dänemark und Rußland, geschlossen am 8. Februar 1814 in Hannover, stellte den Vorkriegszustand wieder her – das Gleiche geschah in Berlin am 25. August 1814, wo ebenfalls die Vorkriegsverhältnisse wieder aufgerichtet wurden. Als Randglosse sei bemerkt, daß es damals noch möglich war, beim Abschluß dieses Friedensvertrages den preußischen Staatskanzler Fürst Hardenberg für Preußen und dessen Sohn, Graf Hardenberg-Reventlow, für Dänemark die Verhandlungen führen zu lassen. Die 600 000 schwedischen Bankthaler wurden allerdings nie bezahlt, da schwedische Truppen bei der Besetzung Norwegens „Schwierigkeiten“ hatten und infolgedessen Gewalt angewendet werden mußte, die ja Geld kostet. Die daraus entstandenen Unstimmigkeiten wurden am 4. Juni 1815 durch Vertrag zwischen Dänemark und Preußen in Wien aus der Welt geschafft; mit folgenden interessanten Regelungen: Preußen trat an Dänemark das Herzogtum Sachsen-Lauenburg mit Ausnahme des Amtes Neuhaus und einiger Enklaven ab, Preußen übernahm weiterhin die Bezahlung der oben erwähnten schwedischen Bankthaler an Dänemark, zusätzlich übernahm Preußen von Schweden das inzwischen an Dänemark abgetretene ehemalige Reststück von Schwedisch-Vorpommern mit Rügen und bezahlte dafür 2 Millionen Thaler in Raten.
Der ganze Kuhhandel wurde dann durch Vertrag zwischen Preußen und Schweden am 7. Juni 1815 in Wien abgeschlossen, wobei Preußen noch einmal 3,5 Millionen Thaler berappte, so daß wenigstens auf diesem Sektor für 130 Jahre – bis 1945 Ruhe eintrat.

Anmerkung 21

Lübeck hatte zunächst Schwierigkeiten, sich selbst einen offiziellen Namen zu erteilen; es ging ihm dabei genauso wie Hamburg. Lübeck war ein europäischer Staat und gab jährlich einen Staatskalender heraus. Es war aber ein Stadtstaat und hatte außerdem die Tradition der Hanse zu wahren, der es jahrhundertelang als führendes Mitglied angehörte.
So hat sich in der langen Entwicklung schließlich die Benennung „Freie und Hansestadt Lübeck" herausgebildet, welche die Stadt bis 1937 getragen hat: zunächst als freier Staat im Deutschen Bund, später im Norddeutschen Bund, schließlich im Deutschen Reich und in der Weimarer Republik bis in den Anfang der Nationalsozialistischen Zeit hinein.

Anmerkung 22

Der soviel angewendete und meist mit subjektiven Gefühlen belastete Begriff der „Minderheiten" ist in Wahrheit äußerst mißverständlich und daher für die politische Polemik, weil vornehmlich demagogischer Natur, besonders geeignet.
Der ursprüngliche Begriff besagt, daß eine gegenüber einer Mehrheit relativ kleine Gruppe von Menschen, die sich durch besondere, nicht unmittelbar bestimmbare Eigenheiten auszeichnet, sich dieser Tatsache bewußt wird. Nur dann, wenn sie von der Mehrheit als Minderheit erkannt wird und sich selbst als solche fühlt, kann politische Wirkung erwartet werden. Die Abgrenzung einer Minderheit gegenüber der Mehrheit kann sprachlicher Art sein, wobei es keine besondere Rolle spielt, um welche Sprache es sich handelt, wenn diese nur von einer der Gruppen, aber nicht von beiden leicht verstanden wird oder sich durch besondere Eigenarten von der Sprache der anderen Gruppe absetzt. Es kann sich auch um eine religiöse Minderheit handeln, wobei z.B. mit der Religion zusammenhängende Gewohnheiten des täglichen Lebens einer der beiden Gruppen sich von denjenigen der anderen deutlich abheben.
Man braucht die verschiedenen Differenzen zwischen Mehrheit und Minderheit nicht weiter darzulegen, es genügt, wenn sich bei der Minderheit das Gefühl der Benachteiligung breitmacht und ihr außerdem voll bewußt wird. Interessant wird es immer erst dann, wenn entweder die Mehrheit es für notwendig hält, die Minderheit zu unterdrücken bzw. auf sonstige Weise zu benachteiligen oder, wenn die Minderheit

sich unterdrückt fühlt, wobei dieses Gefühl nicht notwendigerweise berechtigt sein muß. Es kann natürlich auch – wie das häufiger geschieht, als man annehmen möchte – aus propagandistischen Gründen erzeugt sein, obwohl ein objektives Bedürfnis nicht zu bestehen scheint. Besonders gefährlich, wie aus der Geschichte belegbar, sind herrschende Minderheiten innerhalb einer andersartigen Population, die dauernd bemüht sein müssen, ihre Herrschaft über die Mehrheit zu behalten. Die Probleme werden noch vielseitiger, wenn es sich um staatlich organisierte Gebilde handelt mit verschiedenen Populationen, also um sogenannte Gesamtstaaten oder Vielvölkerstaaten. Je mehr die Eigenheit einer sog. Minderheit sich gegenüber den Eigenschaften der Masse der Bevölkerung deutlich abhebt, wobei auch Aussehen, Farbe, Gestalt, Sprache, Gewohnheiten und dergl. eine besondere Rolle spielen, um so mehr können sich Feindschaften oder andere Differenzen entzünden, wobei es auf deren tatsächliche objektive Existenz gar nicht so ankommt wie auf die gefühlsmäßige Erfassung der Situation. Bei dem Beispiel Dänemark, das in vielen Jahrhunderten auf Grund seiner äußerst günstigen geotopographischen Lage, seiner Fruchtbarkeit und seiner dementsprechend gegenüber den vergleichbaren Ländern dichten und wohlhabenden Bevölkerung bevorteilt war, ist das Herrschaftsstreben über die Nachbarn ursprünglich reines Machtstreben gewesen, wie die Geschichte dies ausweist, und, in subtilerer Art, verständlicherweise auch in der gegenwartsnahen Vergangenheit geblieben. Der Gesamtstaat bestand zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus Island – weit entfernt –, Grönland, das noch weiter entfernt und nur zum kleinsten Teil überhaupt besiedelt war, den Färöern – weit entfernt, schwach besiedelt und zersplittert –, aus Norwegen, von allen großflächigen skandinavischen Ländern auf Grund seiner Oberflächenstruktur arm und besonders schwach bevölkert und den deutschsprechenden Herzogtümern südlich von Jütland. Diese aber waren in ihrer Lage gegenüber Dänemark noch bevorzugter als Dänemark selbst. Sie waren dicht bevölkert, hoch zivilisiert, hatten aber eine Reihe mit der dänischen Bevölkerung vergleichbare und daher eine Gegnerschaft abdämpfende Eigenschaften, nämlich: verwandte Sprachen, keinerlei religiöse Probleme und übereinstimmende historische Erinnerungen.

Es wird jedoch nicht genügend beachtet, daß alle anderen eben genannten Länder des Gesamtstaates nur über See erreicht werden konnten, wobei die Verbindung zu diesen beinahe „überseeisch" zu nennenden Teilen oft sehr schwierig war, wodurch die einzelnen Staatsteile zwar durch die Entfernung von der Zentrale von dieser weitgehend unabhängig wurden, aber auch keine Hilfestellung von der Nachbarschaft im Konfliktfalle zu erwarten hatten. Im völligen Gegensatz hierzu standen die deutschen Herzogtümer, die nach dänischem Wunsch einen weit nach Süden reichenden dänischen Puffer und damit auch den Anschluß für das übrige Mitteleuropa bilden sollten. Die Herzogtümer waren entweder ursprünglich dänisches Lehen oder durch ihre Landesherren, die holsteinischen Herzöge, mit der dänischen Königsfamilie verwandtschaftlich verbunden. Was aber das eigentliche politische Gewicht ausmachte, war die Tatsache, daß südlich der Herzogtümer sich eine sehr große Bevölkerung ausbreitete, die ebenso zivilisiert, hochkultiviert und sprachlich unmittelbar mit derjenigen der Herzogtümer verbunden war. Die dänische Politik hat vor dieser Tatsache teils die Augen verschlossen, teils sie nicht bemerken wollen und hat Schiffbruch erlitten, als die schleswig-holsteinische Minderheit gegenüber dem Staatsvolk im Norden sich der engen Verbundenheit mit der Mehrheit der Bevölkerung im Süden, nämlich ihrer nationalen Verbundenheit, voll bewußt wurde.

Anmerkung 23

Die Probleme im Miteinanderleben der Bevölkerung Schleswig-Holsteins einerseits und Dänemarks andererseits sind alt und erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bereinigt worden. Es hängt damit zusammen, daß etwa um 400 nach Christus die Angeln in Scharen die Gegend des jetzigen Schleswig verließen, hauptsächlich das Gebiet zwischen Königsau und Eider, um in Britannien zu siedeln, wie später auch die Sachsen (worunter zunächst hauptsächlich die nordalbingischen Stämme zu verstehen sind). Hierdurch wurde vornehmlich nördlich der Eider fruchtbares Land zur Besiedlung frei, in welches aus Norden die dänische Bevölkerung einsickerte. Die später unter den Sachsenkaisern entstandene schleswigsche Mark zwischen Eider und Schlei spielte keine Rolle, da sie schon unter Konrad II. wieder an die Dänen verloren ging.
Der Volksname „deutsch" (diutisc) existierte damals als „Staats"-name noch nicht. Es wurden nur die Stammesnamen genannt; der Dänenstaat aber war schon konsolidiert und seine Bevölkerung besaß bereits ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl.
Die herrschende Fürstenfamilie für beide Herzogtümer, Schleswig und Holstein, waren später die Schauenburger. Als nun der letzte dieses Stammes 1459 ohne direkten Nachfolger starb, entstanden Thronwirren; aus einem Seitenzweig der Schauenburger, dem Oldenburger Haus, wurde mit Christian I. der Dänenkönig gestellt, der gleichzeitig Lehnsherr für Schleswig war; 1460 wurde er Herr beider Herzogtümer. Die Vereinbarung mit den Ständen lautete in der berühmt gewordenen Fassung: „Holstein un Schleswig up ewig ungedeelt".
Es ergab sich dann am Anfang des 16. Jahrhunderts, daß das Herzogtum Schleswig dänisches Lehen war, während das Herzogtum Holstein mit Dänemark durch Personalunion, beide Herzogtümer aber in einem Landesrecht vereint waren. Die natürlich schon vorhandenen nationalen Fragen waren damals der Bevölkerung noch weitgehend unbewußt, sie hatte eine Fülle anderer Sorgen, unter ihnen das Erbrecht der Standesherren und die heraufziehende Reformation; das Erbrecht der verschiedenen Linien des Herrscherhauses machte zunehmend Schwierigkeiten, weil das ständische und verbriefte Recht in den Herzogtümern den verschiedenen regierenden Linien des gleichen Herrscherhauses ständig im Wege war; da es aber verbrieft war, konnte es nicht ohne weiteres geändert werden.
Es gab, aus dem Herrscherhaus stammend, die Gottorper Linie, die königliche Linie und die Sonderburger (oder jüngere königliche) Linie, wobei die verschiedenen Erbansprüche der Linien keineswegs mit den Grenzen der Herzogtümer und den verbrieften Rechten der Stände übereinstimmten oder übereinstimmen mußten. Als nun in der Folge bei der Erbrechtsgesetzgebung Unterschiede bei den einzelnen Linien auftauchten, wurde die Verwirrnis endgültig besiegelt. Das Erbrecht im Mannesstamm wurde für Gottorp am 9. 1. 1608 und für Sonderburg am 17. 12. 1633 festgelegt, während für die königliche Linie die Lex Regia am 24. 7. 1650 erlassen wurde, die zwar das Erstgeburtsrecht im Mannesstamm, nach Erlöschen desselben aber die Erbberechtigung der weiblichen Linie vorsah.
Daraus ergab sich in letzter Konsequenz, daß im Augenblick des Eintritts der weiblichen Erbfolge im Königreich die Trennung der Herzogtümer von Dänemark erfolgen mußte.

Anmerkung 24

Die dänische Nadelstichpolitik mit ihren tausend Ärgernissen, die Verzögerungen bezüglich des Baus der Hamburg-Lübecker Chaussee bis 1835 (!), die Verhinderung der Anlage einer direkten Eisenbahnlinie über längere Zeit usw. wurden von dem geschickten und klugen, vor allem auch geduldigen Lübecker Ratssyndikus Dr. b. R. Carl Georg Curtius mit seinem Kollegen Gütschow ausmanövriert, wobei allerdings die öffentliche Meinung der Stadt sehr – durch die dänische Politik selbst provoziert – diese Bestrebungen unterstützt hat.

Anmerkung 25

Der erste Curtius war Arzt in Lübeck und hierher etwa Ende der 60er Jahre des 18. Jahrhunderts aus Narwa eingewandert, wo er 1736 geboren wurde. Dr. Carl Curtius starb 1795 in Lübeck.
Allein im ausgehenden 18. und dann im 19. Jahrhundert, in der Zeit, die hier besonders interessiert, zählen wir bei nur schneller Durchsicht 7 Mitglieder der Familie Curtius, die zu hohem Ansehen gekommen sind. Unter ihnen befinden sich in 4 Generationen neben einigen Ärzten mehrere Gelehrte, die noch heute Enzyklopädierang besitzen, und ein Lübecker Senator. Dieser hat sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Sammlung der bis dahin erschienenen Choleraliteratur und darauf bezogene statistische Arbeiten verdient gemacht, was bei der Aufklärung der epidemiologischen Rätsel, welche die Krankheit damals der Forschung noch aufgab, äußerst förderlich war.
Dem Lübecker Arzt Cordes ist es daraufhin gelungen, die Bedeutung der sozialhygienischen Aspekte – wie wir heute sagen würden – für das epidemiologische Verhalten der tödlichen Seuche zu beweisen. Die Arbeit ist aus der klassischen Choleraliteratur nicht wegzudenken!
Ernst Curtius, 1814 in Lübeck geboren, war Historiker, Archäologe und Philologe, wurde 1844 Professor in Berlin und alsbald Hauslehrer des preußischen Kronprinzen, des späteren Kaisers Friedrich III. Dieser Ernst Curtius wurde insbesondere durch seine archäologischen Arbeiten berühmt (Ausgrabungen in Olympia).
Sein Bruder Georg, 1820 in Lübeck geboren, hat sich als klassischer Philologe hervorgetan; er wurde 1849 Professor in Prag, zu seinen weiteren Stationen gehörte auch Kiel.
Den berühmten Romanisten Ernst Robert Curtius können wir nicht mehr hinzurechnen, da seine große Zeit erst in unserem Jahrhundert liegt. Dahin gehören auch die verschiedenen weiteren Mitglieder der Familie, die im 20. Jahrhundert als Politiker usw. bekanntgeworden sind; der Internist Prof. Dr. Friedrich Curtius war nach dem 2. Weltkrieg Chefarzt im „Krankenhaus Ost“ in Lübeck.
Es soll hier keine Genealogie der Familie Curtius entstehen, sondern gezeigt werden, daß im vorigen Jahrhundert, gerade während der langdauernden Amtszeit des Lübecker Syndikus Carl Georg Curtius, der 1771 in Lübeck geboren wurde, 1801 zum Syndikus gewählt worden war und 1851 starb, die Familie großen Einfluß ausgeübt

hat. Ihm standen also nicht nur die offiziellen, sondern auch unmittelbar und häufig mittelbar durch andere Mitglieder der Familie eine Fülle von vertraulichen und sicher auch anregenden Informationen zur Verfügung, die bis in die königliche Familie in Preußen hineinreichten und damit selbstverständlich auch die enge Bindung an die Universität Berlin ergab, der Ernst Curtius als Professor angehörte.
Denkt man an die Freude der Gebildeten des 19. Jahrhunderts am Schreiben ausführlicher und inhaltsreicher persönlicher Briefe, deren Schreibmühe und -dauer dem Schreibenden die nötige Muße ließ, das Geschriebene auch zu überdenken, so möchte man heute, am Ende des 20. Jahrhunderts, auf Grund des inzwischen eingetretenen Bildungs- und Stilverfalls Bedenkliches fürchten. Das allerorten neu erwachende Interesse an Bildung und Wissen weckt allerdings Hoffnungen für das 21. Jahrhundert.

Anmerkung 26

Aus dänischer Sicht bestand im 17. Jahrhundert keinerlei Gefahr, daß der Fall der weiblichen Erbfolge bald eintreten würde; er hat aber das spätere Schicksal des Königreiches und der beiden Herzogtümer einschneidend beeinflußt. Auf beiden Seiten, sowohl auf der dänischen wie der deutschen, war inzwischen, auch unter dem Eindruck der napoleonischen Wirren, die der französischen Revolution gefolgt waren, eine in vielem überzogene nationale Bewegung entstanden, die noch wenige Jahrzehnte, ja, noch wenige Jahre zuvor, nicht denkbar gewesen wäre (s. a. Anm. 29); hinzu kam die allgemeine Unruhe, die sich in den letzten Jahren des Vormärz breitgemacht hatte. In Kopenhagen war zudem inzwischen ein Verfassungsentwurf ausgearbeitet worden, der in letzter Konsequenz die endgültige Einverleibung des Herzogtums Schleswig nach Dänemark vorsah. Es fehlte nur noch die Unterschrift König Friedrichs IV., da starb dieser am 15. 11. 1863.
Noch in dem königlichen Erlaß vom Januar 1852 waren dem Herzogtum Schleswig auch für die Zukunft selbständige Provinzialstände zugesprochen worden, womit die volle Inkorporation des Herzogtums in den dänischen Staat unmöglich gemacht wurde. Die vorbereitete Verfassungsänderung jedoch hielt dieses Versprechen nicht; ihr Inkrafttreten wurde durch den Tod des Königs verhindert! Es ging also nach unserer modernen politischen Terminologie um Personalunion mit oder ohne Autonomie.
Der Nachfolger, bis dato Prinz von Glücksburg, hat als Christian IX. die Herrschaft über Gesamtdänemark, einschließlich der beiden Herzogtümer, angetreten; diese Sukzession erfolgte in Übereinstimmung mit dem sogenannten Londoner Traktat (oder Protokoll) vom 8. Mai 1852, in dem die Änderung der königlichen Erbfolge aus der Lex Regia zum Zweck der Erhaltung des Gesamtstaates im Einverständnis aller Signatarmächte – auch Preußens und Österreichs – bestimmt wurde. Strittig aber blieb weiterhin die Inkorporation des Herzogtums Schleswig in Dänemark, trotz der Zusagen, die 1852 gemacht worden waren.
Würde also der neue König den Verfassungsentwurf unterzeichnen und damit die Inkorporation besiegeln, so bedeutete dies den Kriegsfall zwischen Dänemark und

Preußen/Österreich als Exekutivgroßmächte des Deutschen Bundes. König Friedrich VII. war am 15. November 1863 gestorben, am 16. war König Christian IX. inthronisiert; am 18. November des gleichen Jahres unterschrieb er die Verfassung und war sich dabei darüber klar, daß der Kriegsfall nicht mehr aufzuhalten war.
Die Verfassung trat am 1. Januar 1864 in Kraft, was folgte, waren die üblichen diplomatischen Mobilmachungsdrohungen oder Ultimaten und am 1. Februar war der Krieg tatsächlich ausgebrochen. Kein einigermaßen seiner fünf Sinne mächtiger Mensch konnte auf irgendwelchen Wegen noch Hoffnungen für Dänemark haben, doch wurde durch die Eiderdänen zäh die einmal beschlossene Parteipolitik durchgeführt und so der Krieg für Dänemark in kürzester Zeit verloren.
Dabei wurden nun auch die drei Herzogtümer Lauenburg, Holstein und Schleswig, um deren Besitz Dänemark sich jahrhundertelang abgemüht hatte, auf einmal endgültig verwirkt.

Anmerkung 27

Das Schicksal der Universität Greifswald war in vielem demjenigen Rostocks ähnlich. Insbesondere wurde sie ständig in die Streitigkeiten der Bürger einbezogen, da sie ja eine gemischt landesherrlich-hanseatisch-städtische Universität war. Ihre Gründung schon war ein Gemeinschaftswerk zwischen dem Bürgermeister Rubenow und den pommerschen Landesfürsten gewesen, die miteinander befreundet waren. Rubenow wurde dann der erste Rektor der Universität, wurde vertrieben, kehrte zurück, übernahm seine Ämter wieder und wurde schließlich ermordet.
Danach folgten Jahre des bürgerlichen Streites, bei dem es sich mehr um Machtkämpfe als um soziale Forderungen handelte; es blieben auch noch mehr Tote auf der Strecke, 1464 gab es Hinrichtungen und einmal stürmten sogar die Schmiedegesellen das Kollegium. Dann begann die Epoche des Humanismus und mit kurzer zeitlicher Verschiebung die Reformation.
Während der ganzen Gründungs- und Jugendzeit der Universität war diese durch Einkünfte aus dem Domkapitel finanziell recht gut abgesichert und hatte infolgedessen die Sorgen rein materieller Art nicht, wie es in Rostock mehrfach der Fall gewesen ist. Besondere Nöte traten natürlich auf, als es sich um die Frage der Reformation nicht nur der Stadt sondern auch und insbesondere der Universität handelte. Unter Herzog Philipp I. gelang 1539 dieses schwierige Werk; am Ende des 16. Jahrhunderts ließ sogar Herzog Ernst Ludwig ein neues Kollegiengebäude errichten. Dann aber wurde, wie überall, so auch hier, die materielle Situation bedenklich, da nun nach der Reformation die Einkünfte aus den Einnahmen des Domkapitels naturgemäß wegfielen. Hier hat nun ein genialer Schachzug für lange Zeit das Schicksal der Universität günstig beeinflußt: Ursprünglich, im 13. Jahrhundert, war ein Teil des Gebietes der späteren Stadt Greifswald mit den dort schon befindlichen deutschen Siedlungen vom Abt des Zisterzienserklosters Eldena als Lehen an den pommer-

schen Herzog gegeben worden. Das Schicksal der Stadt und des Klosters sind nachher sehr lange miteinander verflochten gewesen. Als das Kloster schließlich nach der Reformation säkularisiert und von einer Art Klosterkammer verwaltet wurde, hat im Jahre 1634 Herzog Bogislav XIV. den gesamten Komplex mit dem großen Wirtschaftsbetrieb und seinen hohen Einnahmen der Universität geschenkt.
Die Übergabe von Eldena geschah am 28. März 1634, mitten im 30jährigen Krieg und unter jetzt schwedischer Herrschaft; die Landung Gustav II. Adolf auf Usedom war im Juni 1630 erfolgt, die nur 3 Meilen weit entfernte Stadt Greifswald wurde noch etwa ein Jahr lang von den Kaiserlichen, die sie besetzt hatten, verteidigt. Ob diese Schenkung politische Hintergründe besaß, um beispielsweise der schwedischen Macht nach dem Tode Gustav II. Adolf den Zugriff auf den reichen ehemaligen Klosterbesitz zu erschweren bzw. unmöglich zu machen, läßt sich heute nicht mehr beweisen. Es ist aber sehr wahrscheinlich.
Von da an bis in die neueren Zeiten hat die Universität von den Erträgen der ehemaligen Großklosterbesitzungen gut gelebt und auf diesem Sektor keine Sorgen besonderer Art mehr gehabt.

Anmerkung 28

Lübeck nämlich, als Haupt der wendischen Hansestädte, zu denen Rostock und Greifswald als Universitätsstädte gehörten, hatte sich seinerzeit schon auf dem Konstanzer Konzil für die Gründung einer Universität im hansischen Einzugsbereich der südlichen Ostseeküste engagiert eingesetzt.
Die damals zu einer Großmacht im Ostseeküstenbereich gewordene Hansestadt Lübeck konnte zur Zeit des Konstanzer Konzils selbst eine Universität nicht mehr gründen, da die Rostocker Pläne schon zu weit fortgeschritten waren und – hierüber muß man sich völlig schlüssig sein – ihr ein direkter Landesherr fehlte, wie im Fall der Universität Prag z.B., wo der Initiator in der Person des Kaisers Karl IV. zu sehen ist. Die Interessen der Bürgerschaft der Freien Reichsstadt waren hauptsächlich auf Dinge der Macht und des Reichtums gerichtet und dadurch der Blick für andere Bereiche getrübt.
Nun aber, am Ende des 15. Jahrhunderts, fiel Lübeck die in äußerste Schwierigkeiten geratene Universität Rostock – die wandernde Universität – als eine Art freiwilliger Beute direkt in die Hände. Es ist nicht mehr möglich, die einzelnen Gründe genauer zu verfolgen, aus denen die Universität ihren ersten Zufluchtsort Wismar verlassen hat, bestimmte Kräfte in Lübeck werden dabei wohl etwas nachgeholfen haben. Die mächtige und reiche Stadt wird sich mit den Mecklenburger Herzögen und mit ihrer Schwesterstadt Rostock – welche die Rückkehr der Universität eigentlich gar nicht wollte – schnell genug haben einigen können.
Offenbar ist übertriebene Vorsicht der Grund, verbunden mit der Zurückhaltung des Kaufmanns, der eine ihm fremde Materie, die Geld kostet, ohne entsprechend hohe Rendite einzubringen mit Mißtrauen betrachtet: Die Universität ging nach Rostock zurück, die einmalige Gelegenheit wurde verpaßt.

Anmerkung 29

Die enge Verflechtung der Hansestädte, die lebhafte Kommunikation zwischen ihnen und der ständige Informationsfluß läßt sich sehr gut am Lebenslauf des berühmten Humanisten und Historikers Albert Krantz ablesen, geboren in Hamburg 1448, der in Rostock studierte, dort 1480 Professor wurde und im Verlauf der nächsten Jahre mehrmals das Amt des Rektors innehatte. Er wurde zudem 1486 Kanonikus am Hamburger Dom; von 1493 an war er in Lübeck, später in Hamburg Ratssyndikus. Er starb in Hamburg 1517 und seine Schriften wurden, vielleicht ihres damals sehr aktuellen Inhalts halber, erst nach seinem Tode veröffentlicht. Als Mitstreiter des frühen Humanismus, um kirchliche Reformen bemüht, als Hochschullehrer und Rektor in Rostock während der kritischen Zeit der Domfehde, als bekannter und hochangesehener Verhandler in politischen Fragen war er an hervorragender Stelle tätig sowohl in der Stadt, der Universität als auch bei den Herzögen. Kraft seiner Ämter in Rostock und als Ratssyndikus in Lübeck und Hamburg mußte er mit der Materie hinsichtlich des Verbleibs der mecklenburgischen Universität in Lübeck oder ihrer Rückkehr nach Rostock bis in die Einzelheiten vertraut sein. Es ist nicht vorstellbar, daß er in diesen Rollen nicht einen erheblichen Einfluß auf den Ablauf der Ereignisse gehabt haben soll.

Anmerkung 30

Auch das tägliche Arbeitsleben in den Hansestädten war eng verflochten. Der einflußreiche Administrator des Bergener Hansekontors „Die Brücke" z.B., Herr Christian von Geren, dort in der Mitte des 15. Jahrhunderts amtierend, hatte in Rostock Rechtskunde studiert und war vorher in der Lübecker Ratskanzlei tätig. Dergleichen war üblich und der Gerüchte – wahr, entstellt oder falsch – gab es wahrscheinlich, wegen der Unmöglichkeit der Nachprüfung, noch mehr als heute.

Anmerkung 31

Zwischen der schwedischen Macht und der deutschen Bevölkerung bestanden weder nationale noch religiöse Spannungen. Die anfänglich erfolgreiche und als Widerpart der orthodoxen – der herrschenden – Richtung auch sehr nützliche Bewegung der Pietisten (Spener) konnte sich durch das Überhandnehmen eines dümmlich-kopfhängerischen Mystizismus, Ähnlichkeiten mit Quietisten, Jansenisten und manchen Konventikeln von Frömmlern gemischt mit geschäftstüchtigen Heuchlern im 18. Jahrhundert gegen den immer mehr aufkommenden Skeptizismus nicht halten.
Nur sehr ernst zu nehmende Richtungen wie z. B. die der Herrnhuter und Methodisten sind bestehen geblieben.

Irgendwelche Schwierigkeiten zwischen Schweden und Deutschen sind in gravierender Form in Pommern folglich nie aufgetreten. Ein Hauch von Pietismus hat vielleicht den halsstarrigen, orthodoxen pommerschen Geistlichen eher gutgetan.
Es ist sogar möglich, ja wahrscheinlich, daß manche Pommern, insbesondere Greifswalder Universitätsangehörige, zur Zeit der Restauration metternichscher Prägung manches Mal wehmütig an die liberalen schwedischen Zeiten zurückgedacht haben.

Anmerkung 32

Es ist demnach verfehlt, die Universitätsdebatte in Lübeck und Hamburg in ihrem Schwergewicht erst in die Jahre nach der 48er Revolution zu verlegen. Zumindest gedanklich ist die Biedermeierzeit und das Aufblühen der Berliner Universität mit ihrem neuen Schwung und ihren Ideen in ausgeprägtem Maße die vorbereitende Epoche für die weitere geistige Entwicklung des Jahrhunderts gewesen.
Es ging nicht nur – wie immer gern behauptet wird – um Gewerbefreiheit, Industrialisierung usf., der kulturelle und geistige Fortschritt verlief genauso stürmisch, wenn auch weniger geräuschvoll und daher unauffälliger. In Hamburg, dessen Aufblühen nach Beendigung der napoleonischen Kriege man im Anfang der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts schon voraussehen konnte, gab es eine Menge teils bestehender, teils aber in Gründung begriffener höherer Bildungseinrichtungen, die sich mangels des einigenden Bandes einer Universität zwischen den verschiedenen politischen Gremien des Hamburgischen Staates wegen deren widerstreitender Interessen nicht genügend weiterentwickeln konnten.
In Erinnerung an die im Jahre 1800 endgültig aufgelöste „Handelsschule" des bekannten und berühmten Philanthropen Professor Johann Georg Büsch dachte man daran, diese ehemalige Institution, die am Ende des 18. Jahrhunderts europäischen Ruf besessen hatte, als „Handelshochschule" wieder ins Leben zu rufen. Ihre Hörer waren u.a. A. von Humboldt und B. Niebuhr gewesen. Außerdem wollte man das weithin bekannte Johanneum, das akademische Gymnasium, durch Hinzufügung und großzügigen Ausbau zu einer „Hansischen" – andere schreiben „Hanseschen" – Universität ausbauen. Zudem existierte ein Kolonialinstitut, darüber hinaus gab es die Kunstschule, aus der sich später die Staatliche Hochschule für Bildende Künste entwickelte. Diese hat ihren Ursprung in der 1768 entstandenen „Gesellschaft zur Beförderung der nützlichen Künste und Gewerbe" der späteren „Patriotischen Gesellschaft", die also eine Parallelgesellschaft zu der 1789 in Lübeck gegründeten „Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit" darstellte.
Es waren demnach in Hamburg so viele Grundlagen für die Entstehung einer Hansischen Universität vorhanden, daß die Debatte um deren Gründung schließlich bis weit ins 20. Jahrhundert gedauert hat. Sie begann mit einem 1827 geführten

Gespräch – wie bereits erwähnt – zwischen dem 1776 in Kopenhagen geborenen Berthold Niebuhr, der zu diesem Zeitpunkt schon Professor in Bonn war (wo er 5 Jahre später starb) und Dahlmann (s. w. u.). Niebuhrs Lebenslauf macht deutlich, welche Erfahrungen und welchen Einfluß Männer wie er in der damaligen Zeit gewinnen konnten. Er wurde schon 1806, im Jahr der schwersten Katastrophe Preußens, über den Freiherrn vom Stein als Direktor der „Seehandlung" (Preußische Staatsbank) nach Berlin berufen und verließ 1810 diesen Posten nach Steins Sturz. Er widmete sich dann wissenschaftlichen Themen, die er als Historiker in der neugegründeten Berliner Universität vortrug und damit weithin bekannt wurde. Von 1816 bis 1823 hatte Niebuhr den Posten eines preußischen Gesandten beim Vatikan in Rom inne, um dann, wie schon erwähnt, an die Universität Bonn berufen zu werden. Sein Gesprächspartner war der bekannte Historiker und Politiker Friedrich Christoph Dahlmann, der 1785 in Wismar geboren, 1813 als Historiker nach Kiel berufen wurde. Schon 1815 war er gleichzeitig Sekretär der Vereinigung der Schleswig-Holsteinischen Stände, führte als Erster offiziell den Nationalitätsgedanken in die Politik der Stände ein, um sie auf diese Weise gegen Dänemark mit dessen politischen Ansprüchen stark zu machen.

1825 wurde Dahlmann Professor in Göttingen und bald der Sprecher der „Göttinger Sieben". Seine dortige Tätigkeit wurde 7 Jahre später durch die Entlassung der „Göttinger Sieben" beendet; einige Jahre darauf berief man ihn an die Universität Bonn, die ihn als ihren Sprecher in die Nationalversammlung in der Paulskirche nach Frankfurt entsandte, wo er Führer der Kleindeutschen Partei wurde.

Diese beiden Männer, die ihre Laufbahn in Bonn beendeten, hielten 1827 offenbar die Situation in Hamburg nicht nur im Interesse des Freien Stadtstaates, sondern auch unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Deutschland des Deutschen Bundes für reif, eine Universität in ihrem Staat zu gründen, der in jeder Weise befähigt war, eine solche zu tragen und darüber hinaus als selbständiges Staatswesen innerhalb des Deutschen Bundes jener die Freiheit gegen die Ziele der Restauration zu erhalten. Leider wurden die Verhältnisse so schnell turbulent, daß Dahlmann erst 1847 von diesen Gesprächen berichtet hat.

War bisher von einer hamburgischen oder/und Hansischen Universität gesprochen worden, so veröffentlichten die „Göttinger Gelehrten Blätter" 1839 einen Vorschlag des dortigen Professors Viktor Aimée Huber, der die Gründung einer „Nordischen Universität" in Hamburg anregte. Es ist heute nicht mehr feststellbar, ob Prof. Huber die Gedanken von Dahlmann und Niebuhr, die ihm sicherlich bekannt waren, aus politischen Gründen verschleiern und damit entschärfen wollte, oder ob er tatsächlich ehrlichen Herzens der zukünftigen Universität Hamburg, wie der von ihm vorgeschlagene Name „Nordische Universität" vermuten läßt, eine spezielle Ausrichtung nach Skandinavien geben wollte; es ist am wahrscheinlichsten, daß er beides gemeint hat.

Wie auch immer in dieser Beziehung die Gespräche hin und her gegangen sind, welche politischen Motive oder Tarnungen der Nachwelt eine Analyse schwer machen, bekannt ist, daß in den 40er Jahren, noch im Vormärz, alle diese Gedanken bei dem Hamburger Syndikus Sieveking auf fruchtbaren Boden fielen. Es entwickelte sich daraus eine Korrespondenz zwischen Sieveking und Curtius, dem damaligen Syndikus der Hansestadt Lübeck. Dem Zug der Zeit folgend formulierte Sieveking – natürlich im Einvernehmen mit Curtius – dabei anstelle des Namens „Nordische Universität" für Hamburg denjenigen einer „Kosmopolitischen Universität" und für Lübeck den einer „Hanseatischen Universität".

Anmerkung 33

Die nach 1848 eingetretene weitere Demokratisierung in beiden hier angeführten Hansestädten hat Sieveking schon früher zu einigen sehr abwertenden Bemerkungen über „die Herrschaft des Ungeistigen“ veranlaßt und diese Herrschaft mit der Despotie eines Einzelnen in vergleichenden Zusammenhang gebracht.
Sicher ist, daß damals zumindest die weitergehende Demokratisierung mit der Fülle von Abstimmungen in jungen und noch nicht erfahrenen Gremien hemmend auf sehr weit in die Zukunft reichende Beschlüsse auf geistigem Gebiet gewirkt hat.

7. Verwendete Literatur

Adreßbuch, Lübeckisches von 1798, bey G.F.J. Römhild (Nachdruck Verlg. Max Schmidt-Römhild, Lübeck 1979)

Ärztlicher Verein und naturwissenschaftlicher Verein zu Lübeck. Festschrift den Teilnehmern der Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem ärztlichen Verein und dem naturwissenschaftlichen Verein zu Lübeck. Druck von H. G. Rahtgens, Lübeck 1895

Arendt, Hans, Das neue Irrenkrankenhaus des lübeckischen Staates. Die Heilanstalt Strecknitz. Unterhaltungsblatt des Lübecker Generalanzeigers „Von Lübecks Türmen", Jhg. 22, H. 40 u. 41, Verlg. Charles Coleman, Lübeck 1912

Arndt, Karl, Einwohnerzahlen der niederdeutschen Städte von 1550 bis 1816. Diss. Hamburg 1946

Auerbacher, Karl, Über Kostkinder. Diss. München 1869

Avé-Lallement, Dr. b. R., Friedrich Christian Benedict, Das deutsche Gaunertum in seiner sozialpolitischen, literarischen und linguistischen Ausbildung zu seinem heutigen Bestande. Photoreprint der Ausgabe von 1858, Verlag Ralph Suchier, Wiesbaden 1858

Becker, B., Geschichte der Räuberbanden an beyden Ufern des Rheins. bey Keil, II. Jahr (1804). Fotomechanischer Nachdruck der Ausgabe von 1804, Rixdorfer Verlagsanstalt, Weigandufer 28, Berlin (o. J.)

Behrens, Georg, 175 Jahre gemeinnütziges Wirken, Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, gegründet 1789, Verlag Lübecker Nachrichten, Lübeck 1964

Berndt, Helmut und Neugebauer, W., Lübeck, eine medizinhistorische Studie. Festschrift der Universität Lund. Archaeologica Lundensis, Investigationes de antiquitatibus urbis Lundae, Ragnar Blomqvist, pag. 53 etc., 1968

Böttiger, Karl August, Literarisches Leben auf der Universität Kiel. Beobachtet auf einer Reise dahin im Jahre 1797. Hrsg. Hans Hattenhauer, Wachholzverlg. Neumünster 1978

Borner, Heinz, Die Geschichte des Amtes der Barbiere und Chirurgen in der Freien Stadt Lübeck. Diss. Berlin 1934

Brandt, Ahasver von, Geist und Politik in der lübeckischen Geschichte, Verlg. Max. Schmidt-Römhild, Lübeck 1954

Cordes, E., Die Cholera in Lübeck, Zeitschrift für Biologie, Jahrgang 4, S. 1–64 (1868)

De Rudder, B. und Linke F., Biologie der Großstadt, Frankfurter Konferenz für medizinisch-naturwissenschaftliche Zusammenarbeit am 10. 5. 1940, Verlg. Theodor Steinkopff, Dresden-Leipzig 1940

Dilling, Horst, Psychiatrie und Nationalsozialismus, Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt Nr. 9, 1983, S. 578 ff und Nr. 11, 1983, S. 758 ff. Verlg. Deutscher Ärzteverlg. Köln, 1983

Dittmer, G. W., (Dr. b. R.), das Heilig-Geist-Hospital und St. Clemens-Caland zu Lübeck. Verlg. von Rohdensche Buchhandlung, Lübeck 1838

Dollinger, Philippe, Die Hanse (Übersetzung aus dem Französischen. Originaltitel der franz. Ausgabe: La Hanse, XIIe–XVIIe siècles, Paris, Aubier 1964). Alfred Kröner Verlg. Stuttgart 1966

Endres, Fritz (Hrsg.), Geschichte der Freien und Hansestadt Lübeck, Verlg. u. Kom. Ges. Otto Quitzow, Lübeck 1926

Engelhardt, Roderich von, Die deutsche Universität Dorpat in ihrer geisteswissenschaftlichen Bedeutung. Verlg. Franz Kluge, Reval 1933, Photomechanischer Nachdruck, Verlg. Harro von Hirschheydt, Hannover-Döhren, 1969

Feuerbach, Anselm, Merkwürdige Verbrechen in actenmäßiger Darstellung. In Auswahl herausgegeben und eingeleitet von R. A. Stemmle, Bruckmann Querschnitte, Verlg. Bruckmann KG., München 1963

Fontane, Theodor, Der Schleswig-Holsteinische Krieg im Jahre 1864. Verlg. der königlichen geheimen Oberhofbuchdruckerei R. von Becker, Berlin 1866. Reprint Nr. 1930, Eugen Diederichs Verlg. Köln 1978

Franz, Günther, Der 30jährige Krieg und das deutsche Volk, Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, 4. Aufl. Bd. 7. Aus: Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, herausgegeben von Wilhelm Abel – Göttingen und Günther Franz – Stuttgart-Hohenheim. Fischer Verlg. Stuttgart 1979

Grassmann, Antje-Kathrin, Systematisches Inhaltsverzeichnis und Register der Periodika und Einzelveröffentlichungen des Vereins für lübeckische Geschichte und Altertumskunde 1855 bis 1980, ZLGA, Verlg. Schmidt-Römhild, Lübeck 1980

Grotjahn, Alfred, Soziale Pathologie, 3. Aufl. Verlg. Julius Springer, Berlin 1923, Reprint Springer Verlg. Berlin 1977

Grotjahn, Marianne, Die Säuglingssterblichkeit in der Hansestadt Lübeck zum Beginn des 1. Weltkrieges. Soziale Pathologie – Soziale Therapie – Soziale Prophylaxe, Diss. Lübeck 1968

Hartwig, Julius, Die Bevölkerung Lübecks bis zur Gegenwart, s. Literatur-Anhang

Heidorn, Günter, G. Heitz et al., Die Geschichte der Universität Rostock 1419 bis 1969 (2 Bände). VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969

Helm, Dietrich, Die Cholera in Lübeck, Epidemie – Prophylaxe und – Bekämpfung im 19. Jahrhundert. Diss. Lübeck 1978. Kieler Beiträge zur Geschichte der Medizin und Pharmazie, Bd. 16, Wachholz Verlg., Neumünster 1979

Herold, Christopher, Madame der Stael, Herrin eines Jahrhunderts (aus dem Amerikanischen übersetzt von Dr. Lilly von Sauter. Orig. Titel: Mistress to an age. Verlg. The Bobb-Merill Co, Indianapolis, USA). Bücher der Neunzehn, Band 162 (1968), List Verlg., München 1968

Industrie- und Handelskammer s. Lit. Anhang

Jetter, Dieter, Das Heiligen Geist Hospital in Lübeck ... s. Lit. Anhang

Jordan, Karl, Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665 bis 1965. Wachholz Verlg. Neumünster 1965

Kiekbusch, Hans, Lübeck war von 1487–1491 Sitz der Rostocker Universität. „Die Heimat“ 73, 1966, S. 11–12

Kiekbusch, Hans, Lübeck war vor 475 Jahren vorübergehend Universitätsstadt. s. Lit. Anhang

Klick, Albrecht, Bibliographie zur Medizinalgeschichte Lübecks. Kieler Beiträge zur Geschichte der Medizin und Pharmazie. Bd. 4, Wachholz Verlg. Neumünster 1967

Klinke, Erhard, D., s. Lit. Anhang

Kohl, Horst (Hrsg.)., Der Feldzug von 1812, Denkwürdigkeiten eines Württembergischen Offiziers. Verf. anonym, vermutlich Hptm. von Kurz. In: Voigtländers Quellenbücher, Bd. 26, Verlg. Voigtländer, Leipzig 1912

Kohlmorgen, Günter, Johann Füchting und der Füchtingshof in Lübeck. Ein Beispiel für die Anfänge des sozial wirkenden Kleinwohnungsbaus. Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck. Herausgegeben vom Archiv der Hansestadt. Reihe 8, Bd. 8, Verlg. Schmidt-Römhild, Lübeck 1982

Kühmer, Hans, Lexikon der Päpste. Bücher des Wissens, Fischer Bücherei K.G., Frankfurt u. Hamburg 1956, Neue Aufl. 1960

Lemke, Dr. Helmut, s. Lit. Anhang

Medizinische Akademie Lübeck „Studentenzeitschrift" s. Lit. Anhang.

Melle, Werner von, Dreißig Jahre Hamburger Wissenschaft, 1891 bis 1921, Rückblicke und persönliche Erinnerungen. 2 Bände. Herausgegeben auf Anregung der Hamburger wissenschaftlicher Stiftung. Kommissionsverlag von Broschek & Co, Hamburg 1923

Merkel, Garlieb Helwig und Eduard Beurmann, Skizzen. Hier: Lübeckische Skizzen, Verlag von Johann Friedrich Hartknöch, Leipzig 1801 und Friedrich König, Hanau 1836. Faksimiledruck unter dem Titel: 1798–1836, Lübeck vor und nach den napoleonischen Kriegen. Intime Berichte aus einer bescheidenen Stadt. Vorwort von Hans Bernd Spies. Verlag der Buchhandlung Gustav Weiland, Lübeck 1984

Meyer, G. u. Antje-Kathrin Grassmann, Lübeck-Schrifttum 1900 bis 1975. Stadtbibliothek Lübeck, Verlg. Dokumentation, München 1976

Mosse, Max und Gustav Tugendreich (m. 20 Mitarbeitern), Krankheit und soziale Lage. Lehmanns Verlg. München 1913, Photoreprint, Hrsg. Jürgen Cromm, Selbstverlg. Göttingen 1977

Moulin Eckart, Richard Graf du, Geschichte der deutschen Universitäten. Verlg. von Ferdinand Enke, Stuttgart 1929

Neckels, Conrad, Lübeck, Königin der Hanse. Bearbeitet von Dr. Werner Neugebauer. Verlg. Lübecker Nachrichten GmbH, Lübeck 1964

Ostwald, Hans, Lieder aus dem Rinnstein, Bd. 1 (gesammelt z.T. mit Frhr. Karl von Levetzow vor 1903), „Harmonie", Verlgsges. für Literatur und Kunst. Vorwort datiert 1903, Berlin o. J.

Ostwald, Hans, Rinnsteinsprache. Lexikon der Gauner-, Dirnen- und Landstreichersprache. Vorwort datiert 1906, Verlg. s.o.

Pieper, Hans, Erweiterungsbau der Heilanstalt Strecknitz . . . s. Lit. Anhang

Pieper, Hans, Städtebauliche Studien zum Wiederaufbau einer historischen deutschen Stadt. Herausgegeben v. Dr. ing. Klaus Pieper, Br. Sachse Verlag Hamburg 1946

Plessing, Wilhelm, Das Heilige Geist Hospital in Lübeck im 17. und 18. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte seiner Verfassung, Verwaltung und Einrichtung. Verlg. Max Schmidt, Lübeck 1914

Ploetz, Karl Julius „Der Große Ploetz" s. Lit. Anhang.

Preuner, Rudolf, Tagebücher s. Lit. Anhang

Rauch, Georg von, Die Universität Dorpat und das Eindringen der frühen Aufklärung in Livland. Vorwort von Manfred Hellmann. Durchgesehener reprographischer Nachdruck der Ausgabe Essen 1943. Georg Olms Verlg. Hildesheim-New York 1969

Redaktion der „Neue Lübeckische Blätter" s. Lit. Anhang
Riedel, Otto (Lübecker Physikus), Lübecks Gesundheitswesen, S. 83, in: Führer durch Lübeck. Festschrift den Teilnehmern der 67. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte gewidmet von dem ärztlichen Verein und dem naturwissenschaftlichen Verein zu Lübeck. Druck von H. G. Rahtgens, Lübeck 1895
Rohden, Friedrich von, Der ärztliche Verein zu Lübeck 1809 bis 1959. 150 Jahre ärztlicher Geschichte. Verlag Max Schmidt-Römhild, Lübeck 1959
Sieveking, Heinrich, Der hamburgische Syndikus Karl Sieveking (1787–1847). Lebensbild aus der Zeit der Erneuerung der hansischen Selbständigkeit. Hrsg. vom Verein für Hansische Geschichte, Jhg. 1907, Bd. XIII. Verlag von Duncker und Humbladt, Leipzig 1907
Sieveking, Heinrich, Hansische Handelspolitik unter dem deutschen Bunde. Hrsg. s.o., Jhg. 1922, Bd. XXVII, Verlag von Max Schmidt, Lübeck 1922
Schlözer, Leopold von, Dorothea von Schlözer, der Philosophie Doktor. Ein deutsches Frauenleben um die Jahrhundertwende 1770 bis 1825. Deutsche Verlagsanstalt (dva), Stuttgart 1925
Schwarz, Theodor, Bilder aus Lübecks Vergangenheit. Verlag Friedrich Meyer & Co, Lübeck 1905
Staats-Kalender, Lübeckischer, auf das Jahr 1826, Lübeck, gedruckt und verlegt von G. C. Schmidt, eines hochedlen und hochw. Raths Buchdrucker.
Starlinger, Wilhelm, Grenzen der Sowjetmacht. Ein Spiegel einer West-Ost-Begegnung hinter Palisaden von 1945–1954. Mit einem Bericht über das Leben und Sterben in Königsberg 1945–1947; zugleich ein Beitrag zur Kenntnis gekoppelter Großseuchen unter elementaren Bedingungen. Beihefte zum Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr. IX. Der Göttinger Arbeitskreis, Veröffentlichung Nr. 123, Holzner Verlag, Würzburg 1955
Stolle, Dörte, Das Heiligen Geist Hospital zu Lübeck. Eine historisch-sozialhygienische Studie. Diss. Lübeck 1970
Villers, Charles de, Die Schlacht bei Lübeck 1806. Villers Brief an die Gräfin F(anny)de B(eauharnais), enthaltend Nachricht von den Begebenheiten, die zu Lübeck, an dem Tage, Donnerstag, den 6ten November 1806 und folgenden vorgefallen sind. Aus dem Französischen übersetzt. Amsterdam, im Kunst- und Industrie-Comptoir 1807. Faksimiledruck Verlag der Buchhandlung Gustav Weiland Nachf., Lübeck 1981. Mit einem Nachwort neu herausgegeben von Bernd Spies.
Witt, Klaus, Hugenotten und Emigranten in Lübeck 1605 bis 1816. s. Lit. Anhang
Wohlwill, Adolf, Beiträge zu einer Lebensgeschichte Christian Friedrich Wurms. Zschr. d. Vereins f. Hamburgische Geschichte 22, 1918, S. 21–122
Zeitung für das höhere Unterrichtswesen Deutschlands. s. Lit. Anhang
Zietz, Heinrich Christian, Ansichten der freien Hansestadt Lübeck und ihrer Umgebungen, mit 16 Kupfern, Verlag Friedrich Wilmans, Frankfurt/M. 1822. Faksimile-Ausgabe des Verlags der Buchhandlung Gustav Weiland Nachf., Lübeck 1978

Anhang zum Literaturverzeichnis

1) Spezielle Periodica

Neue Lübeckische Blätter*
Jhg. 18. 1852, Sp. 197 f: Über die Errichtung einer Universität in der freien Stadt Lübeck
Jhg. 18. 1852, Sp. 202 ff: Welche Ausgaben und Einnahmen würde die Errichtung einer Universität dem Staate Lübeck bringen?
Lübeckische Blätter (Lüb. Bl.)
Jhg. 32, 1890, S. 278: Die Masernepidemie
Jhg. 34, 1892, S. 341 ff: Das Massensterben der Kinder
Jhg. 47, 1905, S. 658 ff: Hartwig, Dr. Julius, Die Bevölkerung Lübecks bis zur Gegenwart.
Jhg. 49, 1907 S. 329: Riedel, Dr. Otto, Sterblichkeit und Kindersterblichkeit in Lübeck.
Jhg. 59, 1917, S. 423 ff, 430 ff: Hartwig, Dr. Julius, Aus der Geschichte der Säuglingssterblichkeit.
Jhg. 82, 1940, S. 372 f: Witt, Klaus, Hugenotten und Emigranten in Lübeck 1685–1816 (Ref. über eine in Lübeck vergessene Dissertation von Dr. Paul Grundmann aus Lübeck [Prom. Leipzig 1914] mit dem Titel: Französische Flüchtlinge in Lübeck: Réfugies und Emigrèes [Hugenotten und Emigranten]).
Jhg. 141, 1981, S. 143 f: Bock, Dr. Klaus, Entwicklung der Bevölkerungszahl Lübecks.
Jhg. 141, 1981, S. 304 f: Gaul, Gerhard: In Memoriam Senator a. D. Alfred Plust.

2) Literaturstellen ohne Autoren oder/und Herausgeberangaben sowie andere Quellen.

Brockhaus, Friedrich Arnold. Allgemeine deutsche Real-Encyklopädie für die gebildeten Stände (Conversations-Lexikon) 8. Originalauflage (12 Bände) Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig, 1833
Brockhaus, Friedrich. Bilder-Conversations-Lexikon für das deutsche Volk. Ein Handbuch zur Verbreitung gemeinnütziger Unterhaltung in 4 Bänden. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1837 (autorisierte Faksimile-Ausgabe Verlag Enzyklopädische Literatur, München 1977).
Brockhaus, Eberhard und Ulrich Ponak, Brockhaus-Enzyklopädie in 20 Bänden und 4 Erg. Bänden, 17. völlig neu bearbeitete Auflage des Großen Brockhaus. Verlag F. A. Brockhaus, Wiesbaden 1966–1976
Der große Ploetz, Auszug aus der Geschichte, begründet von Karl Julius Ploetz (mit 65 Fachwissenschaftlern), völlig bearbeitete 29. Auflage, Verlag Ploetz, Freiburg-Würzburg 1980

* Verlegt und redigiert unter Verantwortlichkeit der von Rohdenschen Buchhandlung.

Goldmann, KH., Verzeichnis der Hochschulen 1967. Hier: Hamburg (S. 159)

Industrie- und Handelskammer Lübeck (IHK-HL). Arbeitskreis der IHK „Hochschule Lübeck“. Dokumentation: Lübeck, optimaler Hochschulstandort. Hrsg. obiger Arbeitskreis der IHK-HL 1973

Jetter, Dieter, Das Heiligen Geist Hospital in Lübeck, Vortrag in Lübeck zum Schleswig-Holstein-Tag 1984, im Rahmen des Themas „Schleswig-Holstein in Europa“ (auf Einladung von Prof. Dr. Dietrich von Engelhardt)

Kiekbusch, Hans, Lübeck war vor 475 Jahren vorübergehend Universitätsstadt. Lübecker Nachrichten, Mi. 20. 5. 1964

Klinke, Erhard D., Auszug aus der Rede des Präsidenten der MHL beim Amtsantritt des Präsidiums der MHL am 10. 5. 1975; Begrüßungsansprache des Präsidenten auf der SS „Passat“ anläßlich der Kanzlerkonferenz am 29. 9. 1983

Kunst und Kultur Lübecks im 19. Jahrhundert, 4, Hefte zur Kunst und Kulturgeschichte der Hansestadt Lübeck, Graphische Werkstätten GmbH Lübeck 1981 (Einzelaufsätze)

Lemke, Dr. Helmut, Ansprache am 5. 8. 1951 am „Tag der Danziger“ hier: bezüglich Medizinische Akademie Danzig/Lübeck. Persönliche mündliche Mitteilung am 11. 05. 1984

Pieper, Hans, Erweiterungsbau der Heilanstalt Strecknitz bei Lübeck. Vaterstädtische Blätter, Heimatbeilage der Lübeckischen Anzeigen und Lübecker Zeitung. Sonderdruck zum 1. 10. 1930

Preuner, Rudolf, Tagebücher mit Kalendarium, fortlaufend seit 1960

Studentenzeitung der MAL 1967, „Das Provisorium“ Nr. 1, 12/67 (Titelblatt Bild).

Wriedt, Klaus, Die Gründung der Universität Rostock und die wendischen Hansestädte. Persönliche Mitteilung an Bürgermeister Dr. R. Knüppel Lübeck

Zeitung für das höhere Unterrichtswesen Deutschlands, Jhg. 9, 1880, S. 137 Die Überproduktion von Gebildeten. in: Mitteilungen des Hochschulverbandes (MHV) H. 5, 10, 1980, S. 280

Letzter Tag der Rückgabe			
02.01.89			
21.06.90			
01.04.93			
11. Juli 1996			



